



Jahresbericht 2014

BUND Niedersachsen

Inhalt

■ Vorwort	3
■ Lobbyarbeit	4
■ Anwalt der Natur	6
■ Naturschutz	7
■ Wald	10
■ Moorschutz	11
■ Landwirtschaft	13
■ Flüsse	15
■ Energie	17
■ Verkehr	20
■ Wattenmeer	22
■ Kinder und Jugend	24
■ Einrichtungen	26
■ Verbandsleben	28
■ Stiftung Naturlandschaft	29
■ Förderer und Bildnachweis	30
■ Impressum	31

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben in dieser Publikation auf die geschlechterdifferenzierte Schreibweise verzichtet, um etwas mehr Platz für Inhalte zu gewinnen und den Lesefluss zu verbessern. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis und wünschen viel Freude bei der Lektüre. Sie können auch diesen Jahresbericht – wie alle anderen Jahresberichte seit 2007 – aus dem Internet herunterladen unter: www.bund-niedersachsen.de

*Liebe Leserinnen und Leser,
liebe BUND-Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde der Erde,*



Heiner Baumgarten



Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

das Jahr 2014 war bestimmt von Diskussionen zur Atomendlagerung, der Agrarwende und dem Moorschutz, von der Klage gegen die Untere Elbevertiefung, dem Masterplan Ems 2050, den Themen Fracking und Windenergie und von den vielen Natur- und Umweltschutzprojekten des Landesverbandes.

Mit der Entscheidung, in der sogenannten Endlagerkommission mitzuarbeiten, begann eine intensive Arbeitsphase insbesondere des Bundesverbands, aber auch im Landesverband – denn Niedersachsen ist nach wie vor Hauptbetroffener aller Endlagerpläne. Die Politik einer „sanften Agrarwende“ in Niedersachsen hat der BUND kritisch-konstruktiv begleitet. Die vom Landwirtschaftsministerium geplante Änderung des Landesraumordnungsprogramms sieht unter anderem einen deutlich verbesserten Schutz der Restmoorkörper als wichtige CO₂-Speicher vor. Ob diese Ziele tatsächlich so festgeschrieben werden, wird sich 2015 zeigen.

Zur Elbvertiefung gab es trotz einer mehrtägigen Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht noch kein Urteil. Das Gericht wartet zunächst eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Weser ab. Hektisch ging es zu, als die EU dem Land ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des Verstoßes gegen vier EU-Umweltrichtlinien an der Ems androhte. Innerhalb weniger Wochen trafen Bund, Land, die betroffenen Landkreise, BUND, Nabu und WWF sowie die Meyer-Werft eine Vereinbarung zum Abschluss eines Masterplans Ems 2050, der dann innerhalb eines halben Jahres erarbeitet und unterzeichnet wurde.

Die Energiewende bleibt eine Herausforderung auch für die nächsten Jahre. Der Ausbau der Windenergie ist neben anderen regenerativen Energien ein wesentlicher Baustein. Als Naturschutzverband schauen

wir aber zugleich auf mögliche Auswirkungen von Onshore-Anlagen auf Vögel und Fledermäuse und von Offshore-Windparks auf die Meeresfauna und -flora. Die Auseinandersetzung mit den geplanten Fracking-Regelungen, der Kampf gegen die Einleitung von Salz aus dem Kalibergbau in die Weser, die kritische Auseinandersetzung mit geplanten Strom- und Eisenbahntrassen und Autobahnen und der Einsatz gegen das TTIP-Abkommen sind weitere Stichworte aus dem umfangreichen Arbeitsfeld des BUND.

Landesverbandsintern gab es einige Neuerungen: Seit Sommer 2014 führt ein neues Betriebsleiterhepaar mit drei Kindern den Hof Wendbüdel, auf Burg Lenzen entsteht ein großer Wintergartenanbau. Die jahrzehntelange Kooperation des BUND Diepholzer Moorniederung mit dem Schäferhof Teerling steht vor einer entscheidenden Veränderung: Wir haben uns entschieden, zu prüfen, ob der Landesverband den Betrieb zur Moor- und Landschaftspflege übernehmen und in eigener Regie dauerhaft fortführen kann.

Sehr erfolgreiche Arbeit haben die Projekte zur Wildkatze, zu Streuobstwiesen, Gebäude bewohnenden Arten und Wildbienen geleistet. In enger Zusammenarbeit mit vielen Ehrenamtlichen knüpfen sie ein Netz für den Erhalt und die Verbesserung der Artenvielfalt. Auch zahlreiche Kreisgruppen entfalten wichtige und attraktive Aktivitäten, etwa das Kinderwildnisprojekt in Nienburg oder das Waldhaus Altenhagen in Salzgitter. Weitere kleine Ausschnitte aus der vielfältigen BUND-Arbeit sind die Rückdeichung an der Elbe durch den Trägerverbund Burg Lenzen oder die Aktivitäten der vom BUND gegründeten Stiftung Naturlandschaft und der Kreisgruppe Helmstedt.

Insgesamt war 2014 ein erfolgreiches Jahr. Dafür bedanken wir uns bei allen Ehrenamtlichen, die sich im Landesvorstand, dem Wissenschaftlichen Beirat, den zahlreichen Arbeitskreisen, in den Regional-, Kreis- und Ortsgruppen und in der BUNDjugend für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen und daran mitarbeiten, unsere Anliegen in Politik und Gesellschaft einzubringen. Den Hauptamtlichen im Landesverband, in den Einrichtungen, Projekten und der Landesgeschäftsstelle danken wir für die mit großem Engagement geleistete Arbeit.

Danke sagen wir auch unseren Mitgliedern und Spendern. Ihre treue Unterstützung macht die verlässliche und kontinuierliche Arbeit des Verbandes erst möglich. Auch weiterhin werden wir unseren Verwaltungsaufwand möglichst gering halten. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie mehr über die vielfältigen Aktivitäten des BUND-Landesverbands Niedersachsen im vergangenen Jahr.

*Heiner Baumgarten
Landesvorsitzender*

*Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Landesgeschäftsführer*



Der BUND setzt sich auf politischer Ebene für ein Fracking-Verbot ein. Protestaktion von Bürgerinitiativen in Wagenfeld.

Foto: Imke Zwoch

2014 – ein Jahr der Dialogprozesse

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr viele Umwelt- und Naturschutzvorhaben aus der Koalitionsvereinbarung in Angriff genommen. Der BUND konnte frühzeitig und intensiv daran mitwirken und hat die Beteiligungsmöglichkeiten nach Kräften wahrgenommen. Einige Ergebnisse lassen jedoch noch auf sich warten. Wieder einmal zeigt sich: Lobbyarbeit für Umwelt- und Naturschutz erfordert einen langen Atem.

Fracking, Windenergie, Naturschutz – BUND redet mit

Seit Jahren fordert der BUND mehr Mitbestimmung und eine frühzeitige Beteiligung bei allen Entwicklungen und Planungen mit Umweltauswirkungen. Die niedersächsische Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung betont, dass sie „großen Wert legt auf Dialog, Kooperation, Teilhabe und Mitbestimmung“. Diesen Anspruch hat sie 2014 in vielen Bereichen eingelöst – sei es bei den Themen Fracking und Windenergie, beim Gebietsmanagement oder der Naturschutzstrategie. Selten haben Kolleginnen und Kollegen mehr Arbeitstage und -wochen in Dialogrunden verbracht. Ob dabei am Ende mehr für den Umwelt- und Naturschutz herauskommen wird, muss sich noch zeigen.

Fracking

Kaum ein Umweltschutzthema wird in Niedersachsen derzeit so heiß diskutiert wie die Erdgasfördermethode Fracking. Zur Gewinnung von Gas aus Sandsteinschich-

ten (so genanntes Tightgas) wird Fracking in Niedersachsen seit Anfang der 1960er Jahre betrieben – lange Jahre mindestens in einem genehmigungsrechtlichen Graubereich. Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen, unkonventionelle Gasfördermethoden, also die Förderung von Gas aus Schiefergestein, wegen zu hoher Risiken nicht zuzulassen. Darüber hinaus soll ein Erlass strenge Prüfverfahren vorschreiben und die Öffentlichkeit soll intensiv beteiligt werden.

Zur Erarbeitung des Erlasses wurde eine große Dialogrunde eingerichtet – ein unübliches Verfahren und ein Beleg dafür, dass es die Landesregierung ernst meint mit der stärkeren Beteiligung. Bereits in den ersten Sitzungen wurde klar, dass der Erlass keinesfalls dazu dienen soll, das hochriskante Schiefergas-Fracking zu verbieten, wie der BUND fordert. Grund genug für die meisten Bürgerinitiativen, aus dem Dialogprozess sofort wieder aus-

zusteigen. Der BUND ist dageblieben, um weiter darauf hinzuweisen, welche Risiken auch mit dem bereits praktizierten Tightgas-Fracking verbunden sind, und um die Prüfvoraussetzungen für die gesamte Öl- und Gasproduktion auf ein angemessenes hohes Niveau zu bringen.

Im März 2014 haben Umweltminister Wenzel und Wirtschaftsminister Lies klar gestellt, dass es in Niedersachsen kein Schiefergas-Fracking geben soll und auch keine Forschungsvorhaben dazu. Eigentlich sollte es vor der Sommerpause 2014 (!) eine formelle Verbändebeteiligung zu dem geplanten Erlass geben. Bisher ist es nicht dazu gekommen, denn der Erlass muss zu den Bundesgesetzen passen – und deren Änderung steht kurz vor Ostern 2015 noch immer aus. Der BUND wird die Landesregierung weiter drängen, auf Fracking in Niedersachsen vollständig zu verzichten und auf Bundesebene nur Vorschriften zuzustimmen, die das ermöglichen.

Windenergie-Ausbau

Der BUND steht für den Ausstieg aus der Atomenergie und aus der Nutzung fossiler Energieträger. Um das zu schaffen, muss der Energieverbrauch bis 2050 um rund 50 Prozent sinken. Aber auch wenn das gelingt, muss mehr Strom als heute aus regenerativen Energieträgern erzeugt werden. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, die Windenergie im Land auszubauen, auch wenn Niedersachsen in diesem Bereich bereits Spitze ist.

2014 hat sich der BUND mit großem Aufwand am Dialogprozess zur Ausgestaltung eines neuen Windenergieerlasses beteiligt, den die Landesregierung 2015 in Kraft setzen will. Deutlich wurde in diesem Dialogverfahren zum einen, dass die geltenden europäischen, bundes- und landesrechtlichen Regelungen nur wenig Spielraum zur Ausgestaltung eines solchen Erlasses bieten. Zum anderen zeigte sich, dass bereits vorliegende Empfehlungen, zum Beispiel des Niedersächsischen Landkreistages, in weiten Bereichen für eine angemessene Planung und Zulassung von Windkraftanlagen und -parks geeignet sind.

In einer großen Runde und einer kleineren, aber nicht weniger arbeits- und zeitaufwändigen Arbeitsgruppe Windenergie und Naturschutz wurde bis Anfang 2015 ein Entwurf für den Windenergieerlass erstellt. Er fand in weiten Teilen die Zustimmung der beteiligten Akteure. Der Entwurf wird 2015 in eine Verbändeanhörung gehen, der BUND wird ihn dann noch einmal auf Herz und Nieren prüfen. Denn neben der Notwendigkeit der Energiewende ist es ebenso erforderlich, die Bemühungen um die biologische Vielfalt

zu verstärken. Der BUND wird weiterhin auf Energieeinsparung drängen und darauf, dass das Repowering älterer Windenergieanlagen vorankommt.

Für 2015 hat das Umweltministerium ein „Energiewendeszenario“ angekündigt. Es soll zeigen, wie groß der Bedarf an neuen Windrädern ist, um 2050 den Einstieg in die postfossile Energieproduktion zu schaffen. Das Energiewendeszenario wird hoffentlich für mehr Klarheit und Sachlichkeit in der Diskussion sorgen – auch wenn es möglicherweise manche schmerzliche Erkenntnis für die Windenergiebranche oder den Natur- und Artenschutz mit sich bringt. An der Diskussion des Szenarios ab Mai 2015 wird für den BUND der Landesvorsitzende Heiner Baumgarten teilnehmen.

Gebietsbetreuung

In vielen für den Naturschutz äußerst wertvollen Gebieten in Niedersachsen steht es schlecht um die biologische Vielfalt, auch in vielen Natura-2000-Gebieten. Häufig sind die Datengrundlagen mangelhaft, es fehlen Bewirtschaftungs- und Pflegekonzepte und – besonders folgenschwer – es fehlt an fachkundigen Menschen, die die Gebiete betreuen. Dort, wo es entsprechende Institutionen gibt, ist ihre Finanzierung oft unzureichend und unsicher. Das zu ändern, hat sich die AG Ökologische Stationen zur Aufgabe gemacht, zu deren Gründungsmitgliedern 2013 auch der BUND gehörte. Die AG legte Anfang 2014 dem Umweltministerium ein Konzept vor, das zeigt, wie die Gebietsbetreuung durch Biologische oder Ökologische Stationen verbessert werden sollte. Die Stationen würden sich in unterschied-

licher Trägerschaft befinden, unter Beteiligung der Umwelt- und Naturschutzvereinigungen und im Einzelfall in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden, die die hoheitlichen Aufgaben für diese Gebiete wahrnehmen. Das Umweltministerium hat 2014 ebenfalls eine Arbeitsgruppe dazu eingerichtet, unter anderem mit Vertretern der niedersächsischen Landkreise und der niedersächsischen Landschaftspflegeverbände. Die Ergebnisse der AG sollen 2015 in eine Förderrichtlinie einfließen, die Mittel für Ökologische Stationen bereitstellt, damit sie die Gebietsbetreuung verbessern. Wie erfolgreich das sein wird, hängt wesentlich davon ab, was dem Land eine gute Betreuung seiner bedeutendsten Naturschutzflächen wert ist.

Naturschutzstrategie und Landschaftsprogramm

Eigentlich gehört ein Landschaftsprogramm zu den wichtigsten Grundlagen, um planvollen Naturschutz zu betreiben. Das niedersächsische Programm dürfte allerdings weitgehend unbrauchbar sein, denn es wurde zwischen 1984 und 1989 erarbeitet. Deshalb hat der BUND die Absichtserklärung der Landesregierung positiv aufgenommen, in dieser Legislaturperiode ein neues Landschaftsprogramm aufzustellen. Gespannt erwartet er das Dialogverfahren zur Neuaufstellung. Allerdings wird zuerst einmal eine niedersächsische Naturschutzstrategie erarbeitet, und der neuen Dialogfreudigkeit entsprechend wurden die Verbände daran von Beginn an beteiligt. Die Strategie sollte im Herbst 2014 fertig sein – noch liegt jedoch kein Entwurf vor.

Dr. Stefan Ott

Ob Ausbau der Windenergie oder Betreuung von Schutzgebieten – der BUND bringt seinen Standpunkt ein.

Fotos: BUND, Kenneth Brockmann/pixelio.de



Verbandsbeteiligung: Partei ergreifen für die Natur

Der BUND Niedersachsen hat 2014 im Rahmen der Verbandsbeteiligung wieder zu zahlreichen Planungen und Bauvorhaben Stellung genommen und sich für Natur und Umwelt eingesetzt.

Stromleitungen

Im Planfeststellungsverfahren für den zweiten Teilabschnitt der 380-kV-Höchstspannungsleitung Wahle-Mecklar hat der BUND die unzureichende Planrechtfertigung kritisiert, da keine strategische Umweltprüfung durchgeführt wurde. Außerdem wurden die Auswirkungen von Alternativen und Varianten auf Natur und Umwelt nicht geprüft. Für die 380-kV-Freileitung Emden-Conneforde hat der BUND eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gefordert, weil viele Natura-2000-Gebiete betroffen sind, zum Teil mit empfindlichen Moorböden. Grundsätzlich befürwortet der BUND den Ausbau des Höchstspannungsnetzes nur zur Unterstützung der erneuerbaren Energien und deren dezentralem Ausbau.

Landesraumordnungsprogramm

Der BUND hat zum Entwurf eines neuen Landesraumordnungsprogramms Stellung genommen. Er begrüßt die geplante Streichung der Vorranggebiete für Torfabbau und die Ausweisung von Vorranggebieten Torferhaltung und Moorschutz, ebenso die Festlegung von Vorranggebieten Biotopverbund, die Vorgaben zur Reduzierung

des Flächenverbrauchs und die Streichung des Standortes Gorleben als Vorranggebiet Endlager radioaktiver Abfälle. Den weiterhin möglichen Neubau von Kohlekraftwerken lehnt der BUND ab. Außerdem hat er betont, dass vor der expliziten Aufnahme von Leitungstrassen als Neutrassierung alle technischen Maßnahmen erfolgen sollen, um eine bedarfsgerechte Stromversorgung zu erreichen. Bevor für die Anbindung von Offshore-Windparks weitere Trassen durch das geschützte Wattenmeer geplant werden, ist die Kabeltrasse über Norderney vollständig auszuschöpfen.

Bei der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Großraumes Braunschweig bezüglich Windenergienutzung hat sich der BUND grundsätzlich für den Schutz von Brut- und Nahrungsgebieten von beispielsweise Rotmilan und Schwarzstorch sowie der Flugkorridore und Rastgebiete von Zugvögeln wie Gänsen und Kranichen ausgesprochen. Damit gibt es im RROP-Entwurf vorgeschlagene Standorte, die nicht für Windkraftanlagen genutzt werden sollten. Außerdem hat der BUND den Erhalt des Fünf-Kilometer-Korridors zum Schutz des Landschaftsbildes von Harz und

Elm sowie des Zwei-Kilometer-Abstands zum Dorm betont.

Naturschutz

In der vergleichenden Länderanalyse zum Schutz der biologischen Vielfalt steht Niedersachsen immer noch ganz hinten. Die Einschnitte aus den vergangenen beiden Legislaturperioden bei den Naturschutzbehörden und in der Naturschutzpolitik wurden von der neuen Landesregierung nur ansatzweise korrigiert. Nach dem aktuellen FFH-Bericht ist in einem Großteil der Landeswaldflächen der Erhaltungszustand aller natürlichen Waldgesellschaften ungünstig. Für eine Vielzahl von Natura-2000-Gebieten ist die nationale Unterschutzstellung nur unzureichend erfolgt oder wurde noch nicht einmal begonnen. Das gilt auch für die erforderliche Aufstellung von Management-Plänen. Insbesondere über die Ausweisung von Naturschutzgebieten können Lebensräume und Arten gut geschützt und der regionale Biotopverbund gestärkt werden. Das Land hat die Unterschutzstellung der FFH-Gebiete bis 2018 angekündigt. Mittlerweile wurde von der EU dazu ein Vertragsverletzungsverfahren gestartet.

Dr. Marita Wudtke

Der Bau von Stromleitungen ist ein Eingriff in die Natur, dessen Auswirkungen geprüft werden müssen.

Foto: Thomas Max Müller/pixelio.de





Wolfsburger Schüler ernten Äpfel auf einer Streuobstwiese, die sie anschließend verarbeiten.

Foto: Thomas Langreder

Lebensräume sichern und erweitern – damit Artenvielfalt erhalten bleibt

7

Zur Arbeit des BUND gehört es, Missstände anzuprangern und Druck auf die Politik aufzubauen. Genauso wichtig ist es uns aber, zu zeigen, wie es besser geht: Mit vielen kleinen und großen Projekten und Aktionen bringen Haupt- und Ehrenamtliche den Naturschutz voran. Die Erhaltung und Vernetzung von Biotopen stehen dabei im Mittelpunkt.

Streuobstwiesen wecken Begeisterung für die Natur

Um Menschen für den Naturschutz zu gewinnen, sind Streuobstwiesen ein ideales Thema. Im Frühjahr sorgen sie für eine herrliche Blütenpracht, im Herbst liefern sie leckeres Obst – und Baumschnitt, Wiesenmähd und Ernte sind tolle Anlässe, um die Gemeinschaft in einer Naturschutzgruppe zu stärken. Rund um die Wiesen lassen sich viele seltene Tiere

und Pflanzen beobachten. Wie groß das Engagement und die Begeisterung für Streuobstwiesen in Niedersachsen sind, haben 2014 mehrere Projekte des BUND-Landesverbands gezeigt.

Seit Ende 2010 hat der BUND im Projekt „Streuobstwiesen-Kataster“ daran gearbeitet, unter www.streuobstwiesen-niedersachsen.de eine Plattform aufzubauen und

bekanntzumachen, die Streuobst-Interessierte aus dem ganzen Land zusammenbringt. Auf einer interaktiven Karte haben Streuobst-Freunde Lage, Baumbestand und Artenvorkommen zahlreicher Wiesen im Land eingetragen. Ein Veranstaltungskalender hält über Kurse, Feste und weitere Aktivitäten auf dem Laufenden. Außerdem finden Interessierte ausführliche Hintergrundinformationen über Obstsorten, Tier- und Pflanzenarten und die Pflege von Streuobstwiesen. Das Projekt endete im Herbst, aber die gesammelten Informationen gehen nicht verloren: Die Plattform soll zukünftig von einer Interessengemeinschaft weiterbetrieben werden.



Eine Pomologin bestimmt Kirschsornten, die Besucher eines Streuobst-Festes mitgebracht haben. Umweltminister Wenzel (rechts) schaut zu.

Foto: BUND

Das ganze Jahr 2014 hindurch koordinierte der BUND-Landesverband als Kooperationspartner der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung deren Jubiläumsprojekt „Streuobstwiesen blühen auf!“. Anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens hatte die Stiftung ein Sonderbudget zur Verfügung gestellt, um Initiativen und Vereine in ganz Niedersachsen zu fördern, die sich für Streuobstwiesen engagieren. Der BUND sprach die Gruppen gezielt an, beriet sie bei der Planung ihrer Aktionen und sorgte über Pressearbeit, Website, Broschüren und Flyer für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. In jedem Landkreis sollte mindestens eine Aktion stattfinden – dieses Ziel übertraf der Landesverband deutlich: Am Ende waren es in ganz Niedersachsen über 100 Pflanzungen, Pflegeeinsätze, Baumschnitt-Seminare, Koch-Aktionen und Erntefeste. Das zeigt, wie positiv das Thema Streuobst besetzt ist und dass sich sehr viele Menschen für Naturschutz-Aktionen mo-

bilisieren lassen, wenn sie zu einem positiv besetzten Thema gezielt angesprochen und unterstützt werden. Bereits die Auftakt-Veranstaltung im Frühjahr hatte mehr als 100 Streuobst-Interessierte nach Hannover gelockt.

Ein Höhepunkt des Jahres war die Ausbildung von Streuobst-Pädagogen. Beate Holderied vom BUND Baden-Württemberg schult in ihrer Heimat seit mehreren Jahren Ehrenamtliche, Streuobstwiesen als Lernorte für die Umweltbildung zu nutzen. Im Rahmen des Jubiläumsprojekts fand diese Ausbildung erstmals in Niedersachsen statt. Neben pädagogisch-didaktischen Inhalten erweiterten die Teilnehmer ihre Artenkenntnisse und erlernen unter anderem den Obstbaumschnitt, die Tierspurenuche und das Mähen mit der Sense.

Auf Streuobstwiesen sind viele seltene Arten zuhause, etwa der Steinkauz, Feldermäuse, Siebenschläfer und Wildbienen. Doch wie andere Biotope auch sind

Streuobstwiesen auf Pflege angewiesen, sollen sie dauerhaft erhalten bleiben. Deshalb wurden im Bingo-Jubiläumsprojekt Schulungen für Ehrenamtliche angeboten – zum Beispiel lernten sie dort, große, alte Obstbäume mittels Seilklettertechnik gefahrlos zu schneiden.

Thomas Mura

Angehende Streuobst-Pädagogen üben das Mähen mit der Sense. Foto: BUND



BUND lässt Wildkatzen weiter wandern

Wildkatzen und andere Tiere haben in unserer ausgeräumten Agrarlandschaft oft Schwierigkeiten, geschützt von einem Waldgebiet ins andere zu gelangen. Um das zu ändern und isolierte Biotope zu verbinden, pflanzt das Projekt „Wildkatzensprung“ in Niedersachsen Korridore aus Bäumen und Büschen an.

Im Frühjahr entstand der mittlerweile vierte Wildkatzen-Korridor in unserem Bundesland. Er verläuft entlang des Bethelner Baches und ist Teil einer Verbindung vom Hildesheimer Wald in die Leineaue. Am Ufer des Baches schaffen heimische Gehölze nun eine durchgehende Wanderungsmöglichkeit für viele Tierarten. Der zehn Meter breite und 875 Meter lange Korridor ist im Besitz der Paul-Feindt-Stiftung. Für eine weitere Bepflanzung an dieser Stelle konnte die BUND-Kreisgruppe Hildesheim im Dezember Schüler aus dem 6. Jahrgang einer Gesamtschule mit dem Wahlpflichtkurs „Junge Forscher“ begeistern. Sie erklärten sich sofort bereit, in ihrer Freizeit 30 Bäume und Büsche zu pflanzen.

Dass Wildkatzen durch den Hildesheimer Wald und durch die Vorberge im Weser-Leine-Bergland streifen, ist bekannt. Doch wandern sie auch zwischen beiden Gebieten hin und her? Und sind beide Populationen miteinander verwandt? Um das herauszufinden, hat der BUND 2014 in Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim Haarproben von Wildkatzen

gesammelt. Dazu wurden sogenannte Baldrian-Lockstöcke aufgestellt – raue Holzpfähle, die abseits der Wege in den Boden gesteckt und mit Baldrian besprüht werden. Der Geruch zieht Wildkatzen magisch an, sie können ihn kilometerweit wahrnehmen. Sie reiben sich an dem Stock und verlieren dabei Haare, die anschließend gesammelt und im Labor gentechnisch untersucht werden. Noch liegen die Ergebnisse nicht vor, aber ein Foto fallenbild zeigt eine Katze, die sich an einem der Lockstöcke reibt. Die Chancen

stehen recht gut, dass es sich um eine Wildkatze handelt.

Um die Themen Wildkatze und Biotopverbund in die Öffentlichkeit zu bringen, hat die Kreisgruppe Hildesheim im Laufe des Jahres immer wieder Vorträge veranstaltet und war mit Informationsständen auf Festen vertreten – unter anderem beim Patentag im Wildgatter Hildesheim-Ochtersum, wo zwei Wildkatzen im Gehege zu sehen sind.

Matthias Köhler, Andrea Krug

Wildkatzen streifen auch durch Niedersachsens Wälder.

Foto: Thomas Stephan



Gutes Klima für Vögel und Fledermäuse

Energie sparen und das Klima schützen – ein riesiges Potenzial dafür bietet die energetische Sanierung von Häusern. Um den Energieverbrauch beim Heizen zu senken, werden an vielen älteren Häusern Fassaden gedämmt und Dächer saniert. Dabei werden jedoch Mauerritzen, Hohlräume und Spalten, in denen Vögel und Fledermäuse leben, oft unwiederbringlich zerstört. Doch es gibt einfache und kostengünstige Möglichkeiten, die Nester und Quartiere zu erhalten oder zu ersetzen. Das Projekt „Klimaschutz und biologische Vielfalt unter einem Dach“ des BUND-Landesverbands informiert Wohnungsbau-gesellschaften, Handwerker und Hausbesitzer über Lösungsmöglichkeiten und baut ein landesweites Netzwerk auf. Ehrenamtliche aus niedersächsischen BUND-Kreisgruppen beraten als Ansprechpartner in ihrer Region.

Damit Planer, Architekten und Bauherren erfahren, dass sie neben der Energie-Einspar-Verordnung auch den Artenschutz berücksichtigen müssen und dass das gar nicht kompliziert ist, gehen die BUND-Projektmitarbeiter mehrere Wege: Zum Auftakt fand im März 2014 eine Fachtagung in Hannover statt – in Kooperation



Projektleiterin Kirsten Gulau wirbt mit einem Informationsstand für mehr Artenschutz am Bau.

Foto: Thomas H. Kupas

mit der Klimaschutzagentur Region Hannover und unterstützt von proKlima. Mehr als 50 Teilnehmer – Mitarbeiter von Naturschutzbehörden und Wohnungsbau-gesellschaften, Gutachter, Energieberater und Naturschützer – informierten sich über bewährte Möglichkeiten, die Lebensstätten der Tiere bei Sanierungen zu erhalten oder neu zu schaffen. Darüber hinaus haben die Projektmitarbeiter Vorträge zum Artenschutz an Gebäuden gehalten und

das Thema mit einem Messestand den Besuchern der Energie-Effizienz-Tagung in Hannover nahegebracht. Sie haben wichtige Kooperationspartner aus der Immobilienbranche gewonnen, mit denen sie gemeinsam weitere Veranstaltungen anbieten werden: unter anderem Schulungen für Handwerker und Energieberater und Vorträge für Mitarbeiter von Wohnungsbau-gesellschaften.

Kirsten Gulau

Lebensräume erhalten – Wildbienen schützen

Wildbienen gibt es in vielerlei Farben, Formen und Größen. Allein in Niedersachsen leben etwa 360 verschiedene Arten. Ihre Gattungen tragen so anschauliche Namen wie Seiden- und Maskenbienen, Wollbienen und Pelzbienen oder Blattschneiderbienen. Wenn wir genau hinsehen, können wir sie an vielen Orten im Alltag und in der Natur bestaunen: auf dem Balkon, im Garten, in der Mauerfuge, am Weg- oder Feldrand.

Doch ein Großteil der Wildbienen ist gefährdet, viele Arten sind extrem selten oder bereits ausgestorben. Denn durch die intensive Landwirtschaft und den Flächenverbrauch sind Ihre Lebensräume rar geworden: Extensiv genutztes Grünland, Magerrasen, Heiden, Moore, Binnendünen und Feldraine gibt es immer seltener.

Um die Lebensräume der Wildbienen zu erhalten, hat der BUND Niedersachsen das „Netzwerk Wildbienen-schutz“ ins Leben gerufen. Es bringt Ehrenamtliche aus BUND-Gruppen und andere Vereinen und Initiativen zusammen, die sich bereits mit den seltenen Insekten befassen. Außerdem will der Landesverband neue Mitstreiter für den Schutz der Wildbienen gewinnen. Dafür

organisiert er Exkursionen und Vorträge, lädt zu Vernetzungstreffen und Fachveranstaltungen ein, ruft zu Biotoppflege-Einsätzen auf und berät, wie sich Wildbienen-Lebensräume verbessern lassen.

Vier sogenannte Leuchtturmprojekte sollen zeigen, wie Wildbienen- und Biotop-schutz praktisch funktioniert und wie man dabei Ehrenamtliche einbindet. Beteiligt sind der BUND Diepholzer Moorniederung,

die Kreisgruppen Lüchow-Dannenberg und Rotenburg und der BUND-Hof Wendbüdel. Die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung fördert das Netzwerk Wildbienen-schutz bis Februar 2017. Für die wissenschaftliche Begleitung sorgen die Wildbienenexperten Dr. Otto Boecking, Thomas Fechtler und Rolf Witt. Mehr Informationen unter www.bund-niedersachsen.de/wildbienen.

Luisa Stemmler

Glockenblumen sind ein beliebter Bienenschmaus, wie für diese Sandbienenart, die hier fleißig Pollen sammelt.

Foto: Thomas Fechtler



Kaum Fortschritte beim Naturschutz im Wald

Gesunde Wälder sind für viele heimische Tier- und Pflanzenarten, Pilze und Mikroorganismen die Lebensgrundlage. Doch nach wie vor kommt die Entwicklung naturnaher Wälder in Niedersachsen nur langsam voran. Deshalb hatte der BUND wieder viel zu tun, um auf die Defizite wie intensiven Holzeinschlag und die fehlende Ausweisung von Schutzgebieten hinzuweisen.

Die Nutzung der niedersächsischen Wälder hat sich in den vergangenen Jahren wenig zum Positiven verändert: Die gestiegene Nachfrage nach Holz erschwert oftmals eine natürliche Waldentwicklung. Die Nutzung gerät immer wieder in Gegensatz zu den Waldentwicklungszielen und zu internationalen Verpflichtungen; viele Waldbesitzer haben vor allem eine möglichst gewinnbringende Bewirtschaftung im Blick. Das hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Böden und die biologische Vielfalt. Deshalb hat sich die Waldpolitik in den vergangenen Jahren zu einem Schwerpunktthema des BUND Niedersachsen entwickelt.

Um die Position des Naturschutzes gegenüber der Landesregierung zu stärken, stimmen sich die beiden walddpolitischen Sprecher des BUND eng mit den Waldsprechern von Nabu und Greenpeace ab. Unterstützt und fachlich begleitet werden sie vom BUND-Arbeitskreis Wald. Den-

noch war auch 2014 nicht zu erkennen, ob und in welche Richtung sich die rot-grüne Landesregierung bewegen wird.

Für die Waldschutzgebiete des Natura-2000-Netzes fehlen auch zwei Jahre nach dem Regierungswechsel rechtskonforme Erlasse, damit die Naturschutzbehörden der Landkreise und Städte endlich Schutzgebietsverordnungen erlassen können. Die Fristen dafür sind bereits seit Jahren abgelaufen. In der Zwischenzeit verschlechtern sich die Erhaltungszustände in vielen Schutzgebieten, die Schäden sind in vielen Fällen unumkehrbar. Zwar hat das Umweltministerium die Naturschutzbehörden der Kreise und Städte 2014 gedrängt, schnell alle Gebiete zu sichern, die das Land nach der FFH-Richtlinie als Schutzgebiete gemeldet hat. Doch ein Gutachten im Auftrag von BUND, Greenpeace und Nabu ergab, dass einige Vorgaben des Landes für solche Unterschutzstellungen in Wäldern europäischem und deutschem

Recht widersprechen. Ein Erlass aus der Zeit des Regierungswechsels würde die Naturschutzbehörden unter anderem zwingen, die Anpflanzung von nichtheimischen Bäumen oder die Entnahme von Höhlen- und Totholzbäumen zu erlauben. Der Erlass wird inzwischen nicht mehr angewendet, auch aufgrund starker Kritik der Naturschutzverbände. Sie haben das Land aufgefordert, die Vorschriften komplett zu überarbeiten.

Das Land hatte angekündigt, zehn Prozent des Landeswaldes als nutzungsfreie Flächen auszuweisen. Dort war 2014 kein Fortschritt erkennbar, ebenso wenig beim Schutz alter Buchen- und Eichenwälder. Ob und wie lange die Umweltverbände den gegenwärtigen landespolitischen Stillstand noch hinnehmen in der Hoffnung auf tragfähige Lösungen, wird in den kommenden Monaten zu entscheiden sein.

Karl-Friedrich Weber

Kahlschlag in einem FFH-Gebiet der Niedersächsischen Landesforsten.

Foto: BUND





In der Diepholzer Moorniederung betreut und pflegt der BUND insgesamt rund 100.000 Hektar Fläche.

Foto: BUND

Licht und Schatten beim Moorschutz in Niedersachsen

Moore sind Hotspots der Artenvielfalt. Gleichzeitig dienen sie dem Klimaschutz, denn sie speichern große Mengen Kohlendioxid. In der Diepholzer Moorniederung hat der BUND wieder große Hochmoorflächen renaturiert und seltene Tiere und Pflanzen geschützt. Auf politischer Ebene musste sich der Landesverband mit neuen Schwierigkeiten auseinandersetzen.

BUND Diepholzer Moorniederung: Bewährte Arbeit im neuen Moorzentrum

11

Ein neuen Rekord konnte das Team des BUND Diepholzer Moorniederung im Herbst 2014 vermelden: 104.000 Kraniche machten auf ihrem Flug in wärmere Gefilde Rast in der Region. Daran zeigt sich eindrucksvoll der Erfolg des aktiven Moorschutzes, den der BUND seit mehr als 30 Jahren in der Region betreibt. Die Diepholzer Moorniederung hat sich zu einem der größten Kranichrastplätze in Mitteleuropa entwickelt.

Rechtzeitig zu Beginn der Kranichrast wurde am 17. Oktober das Europäische Fachzentrum Moor und Klima (EFMK) – Moorwelten eröffnet. Das Zentrum vereint drei Bereiche miteinander: Es ist neuer Sitz des BUND Diepholzer Moorniederung; eine interaktive Ausstellung und Veranstaltungen bringen Besuchern die Zusammenhänge zwischen Moor- und Klimaschutz nahe; Fachleute aus der Wissenschaft begleiten vom EFMK aus lokale und überregionale Naturschutzmaßnahmen. Der BUND Diepholzer Moorniederung hat sein Wissen und seine jahrelange Erfahrung in die Erarbeitung der Ausstellung und in die Planung des Fachzentrums eingebracht.

Auch 2014 führte der BUND Diepholzer Moorniederung wieder zahlreiche Artenschutzprojekte aus. Im Auftrag des Lan-

des Niedersachsen betreut das Team Flächen von insgesamt 100.000 Hektar, davon 17.000 Hektar Naturschutz- und Natura-2000-Gebiete. Für die Landkreise Diepholz und Nienburg richtete der BUND großräumig hochmoortypische Offenlandschaften wieder her: im Rehdeener Geestmoor, Neustädter Moor, Nördlichen und Mittleren Wietingsmoor, Renzeler Moor und im Großen Moor bei Uchte.

Neben den umfangreichen Pflegemaßnahmen machte das Team in 19 Artenschutzprojekten Bestandsaufnahmen der Vogelarten und ausgewählter Pflanzen-

arten wie Arnika, Nattertongelbe und Orchideen. Darüber hinaus schützten die Mitarbeiter die Gelege von Wiesenvögeln; 29 Wiesenweihenpaare konnten – auch dank eines guten Mäusejahres – einen Großteil ihres Nachwuchses großziehen.

An sechs Samstagen packten ehrenamtliche Helfer mit an und gingen mit Astschere, Freischneider und Motorsäge ans Werk – beim Häckseln von Astwerk und Mulcharbeiten unterstützt durch moortaugliche Schlepper des BUND.

Imke Schweneker

Moorpflege in der Diepholzer Moorniederung ist oft Handarbeit.

Foto: BUND





104.000 Kraniche rasteten 2014 in der Diepholzer Moorniederung – ein neuer Rekord.

Foto: BUND

12

Wohin steuert der Moorschutz in Niedersachsen?

Der Moorschutz war eines der Themen, bei denen die Landesregierung seit der Amtsübernahme am schnellsten und konsequentesten vorangeschritten war. In der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, dass „aus Gründen des Klima- und Naturschutzes gänzlich auf Vorranggebiete für den Torfabbau verzichtet“ werden soll. Umwelt- und Landwirtschaftsminister setzten in seltener Einigkeit das Änderungsverfahren für das Landesraumordnungsprogramm (LROP) in Gang, im Herbst 2014 begann die Öffentlichkeitsbeteiligung.

Eine Streichung der Vorranggebiete 2015 würde keineswegs das sofortige Aus für den Torfabbau bedeuten, denn alle genehmigten Abbauverfahren dürften zu Ende geführt werden. Noch für rund zwei Generationen würden die Moore weiter in Anspruch genommen und zerstört. Dennoch meldeten sich im Beteiligungsverfahren und über die Medien nicht nur – wie erwartet – die Torfabbauunternehmen und der Erwerbsgartenbau mit Kritik zu Wort, sondern auch das Landvolk. Die Landwirtschaft behauptete, dass die neuen „Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung“ die intensive Bewirtschaftung

von Hochmoorflächen unmöglich machen würden. Zeitgleich legte der Nabu gemeinsam mit dem Industrieverband Garten (IVG) ein Konzept vor, das den Moor- und Klimaschutz dadurch schneller voran bringen will, dass zusätzlich zu den bereits genehmigten Abbauflächen auf weiteren rund 8.500 ha Hochmoorgrünland Torf abgebaut werden soll. Das Konzept war im Vorfeld nicht mit dem BUND und nicht mit der „Aktion Moorschutz“ diskutiert worden.

Der BUND teilt die Kritik am neuen LROP-Entwurf, dass alleine mit den Darstellungen im LROP noch nichts für Natur- und Klimaschutz gewonnen ist. Aus Klimaschutzgründen ist es dringend erforderlich, auf den landwirtschaftlich genutzten und tief entwässerten Moorflächen schnell die Grundwasserstände anzuheben, um eine weitere Torfzehrung zu reduzieren. Der BUND teilt jedoch nicht die Einschätzung, dass dies durch Torfabbau am besten erreicht werden kann. Die Umsetzung des Nabu/IVG-Konzeptes würde für einen größeren Moorkomplex von mehr als 1.000 Hektar bedeuten, dass es mit Flächenkauf, Flurbereinigungsverfahren, wasser-

rechtlichen Verfahren und Torfabbau Jahrzehnte bis zu Renaturierung dauert, vermutlich bis nach 2050. Dann aber herrschen voraussichtlich Klimaverhältnisse mit höheren Temperaturen und ungleich übers Jahr verteilten Niederschlägen, die eine Entwicklung in Richtung Hochmoor zumindest in Frage stellen.

Der BUND wird weiter versuchen, gemeinsam mit der Landwirtschaft Wege zu finden, die eine klimaschonende landwirtschaftliche Nutzung auf nassem Torf ermöglichen. Paludikulturen (Torfmoosfarming etc.) können ein Weg sein. Der BUND möchte, dass derartige Beiträge der Landwirte zum Klimaschutz sozialverträglich ausgestaltet und durch Förderung angemessen honoriert werden. Gleichzeitig müssen Torfindustrie und Erwerbsgartenbau ihre Bemühungen deutlich verstärken, geeignete Torfersatzstoffe zu entwickeln. Das Land ist gefordert, den Gartenfreunden geeignete Informationen an die Hand zu geben, wo der Einsatz von Torf wirklich notwendig ist und wo ohne Qualitäts- und Ertrageinbußen darauf verzichtet werden kann.

Dr. Stefan Ott, Dr. Reinhard Löhmer

Mit Tagungen, Broschüren und Demonstrationen: für vielfältige Landschaft statt eintöniger Agrarwüste

Agrarindustrie oder bäuerliche Landwirtschaft? Die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird, hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Gewässer, die Artenvielfalt und das Klima. Das gilt im Agrarland Niedersachsen ganz besonders. Deshalb hat sich der BUND wieder auf vielen Ebenen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft eingesetzt.

Pestizideinsatz verringern, Grünland erhalten

Die konventionelle Landwirtschaft setzt nach wie vor große Mengen an Pestiziden ein. Diese schädigen Bienen und andere Insekten und belasten Bäche, Flüsse und das Grundwasser. Ein Brennpunkt des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in Niedersachsen ist das Alte Land. Die Obstbauern halten beim Spritzen oft keinen ausreichenden Abstand zu den vielen Be- und Entwässerungsgräben; große Mengen an Pflanzenschutzmitteln gelangen in die Gewässer. Eine befristete Sonderregelung erlaubte bis Februar 2015 Ausnahmen von den sonst üblichen Mindestabständen. Nun musste eine neue Regelung gefunden werden, und der BUND wurde von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in die Erarbeitung eingebunden. Zwar lassen die neuen Regeln aus Naturschutzsicht einige Wünsche offen, aber immerhin gibt es ab 2015 ein „chemisch-ökologisches Monitoring“ und ein Gebietsmanagement. Außerdem müssen die Obstbauern sogenannte risikomindernde Maßnahmen ergreifen, zum Beispiel Spritzgeräte verwenden, die die Pflanzenschutzmittel gezielter ausbringen. Der BUND wird aufmerksam beobachten, ob die neuen Regelungen eingehalten werden.

Einer speziellen Gruppe von Pestiziden widmete der BUND gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen und dem Demeter-Imkerverband „De Immen“ im September eine Tagung in Lüneburg: „Pestizide in der Landwirtschaft: Auswirkungen von Neonicotinoiden auf Biene, Mensch und Natur“. Die Schirmherrschaft übernahm Landwirtschaftsminister Christian Meyer. Im Anschluss an die Fachvorträge diskutierten die Referenten mit den mehr als 120 Teilnehmern der Tagung, welche Konsequenzen aus den aktuellen wissenschaftlichen Studien und Erfahrungen gezogen werden müssen. Neonicotinoide gehören zu den meistverkauften Insektenvernichtungsmitteln. Ihre Wirkung entfalten sie als Nervengift. Einen Teil der Neonicotinoide

hat die Europäische Union 2013 für bestimmte Anwendungsbereiche verboten.

Grünlandumbruch in Niedersachsen

Kurz vor Jahresende gab es eine schlechte Nachricht für den Naturschutz: In den zwei letzten Wochen des Jahres durften die niedersächsischen Landwirte Dauergrünland umpflügen. Die Landesregierung sah sich gezwungen, das Umbruchsverbot aufzuheben, weil nach statistischen Erhebungen der Grünlandumbruch deutlich zurückgegangen sein soll. Wie viele Hektar wertvoller Flächen in den 14 Tagen vor Silvester unter den Pflug genommen wurden, ist noch unklar. Was aber feststeht: Das Umpflügen hat Folgen für Klima, Grundwasser und Lebensgemeinschaften. Große Mengen an Kohlenstoff und Stickstoff werden freigesetzt. Der Kohlenstoff geht als Kohlendioxid in die Luft und heizt die Klimaerwärmung an, der Stickstoff gelangt als Nitrat ins Grundwasser. Der Artenreichtum auf den Grünlandflächen ist ebenfalls mit einem Schlag dahin. Ob in den vergangenen Jahren wirklich weniger Grünland umgebrochen

wurde und ob die Verpflichtung, Ersatz für die Umbrüche zu schaffen, wirklich umgesetzt wurde, kann derzeit niemand kontrollieren. Denn die Landwirtschaftskammer Niedersachsen verweigert das Recht auf Einsicht in diese Daten. Der BUND hat geklagt und in der ersten Instanz gewonnen, nun bemüht die Kammer die nächsthöhere Instanz.

TTIP und CETA verhindern

Der Diskussion um Freihandelsabkommen hat der BUND in Niedersachsen gemeinsam mit anderen Verbänden Schwung gegeben. Im Oktober 2014 veranstalteten Vertreter von 15 Verbänden eine Aktion vor der SPD-Zentrale in Hannover. Mit faulen und frischen Äpfeln appellierten sie an die Vertreter des größten SPD-Unterbezirks in Deutschland: „SPD, beiße nicht in die faulen CETA- und TTIP-Äpfel, setze lieber auf die Zivilgesellschaft statt auf die Interessen der Konzerne!“ Im November hat der BUND-Bundesverband auf seiner Delegiertenversammlung den Kampf gegen den Freihandel zum Hauptkampagnenthema für 2015 bestimmt.

Tilman Uhlenhaut

Vor der SPD-Zentrale in Hannover demonstrieren der BUND und andere gegen das Freihandelsabkommen TTIP.

Foto: Peter Plaumann



Wegraine schützen

Auf ein weit verbreitetes Problem hat der BUND mit der Broschüre „Wegraine und Gewässerrandstreifen – Bedeutung und rechtliche Grundlagen“ aufmerksam gemacht: Oft beackern Landwirte die Ränder von Feldwegen oder die Randstreifen von Gräben, obwohl sie meist den Gemeinden gehören und als schmales Biotop-Band die Agrarwüste durchziehen könnten. Die Broschüre erläutert knapp und verständlich die rechtlichen Grundlagen und gibt praktische Tipps: Wie stelle ich fest, ob

Wegraine und Gewässerrandstreifen illegal bewirtschaftet werden? Und wie überzeuge ich meine Gemeinde, die Flächen zurückzufordern und dort etwas für den Naturschutz zu tun? Das Heft stieß auf großes Interesse, auch bei Naturschutzbehörden und über die Landesgrenzen hinaus. Erarbeitet hat die Broschüre Manfred Radtke vom BUND Rotenburg, der Landesverband hat Sie mit Unterstützung durch das Agrarbündnis Niedersachsen drucken lassen. *Tilman Uhlenhaut*



Gärtnern mit Terra Preta

Mineraldünger und torfhaltige Erde meiden und trotzdem prachtvolle Pflanzen und eine reiche Gemüseernte bekommen – das kann Terra Preta ermöglichen, portugiesisch für „schwarze Erde“. Terra Preta speichert Wasser und Nährstoffe, die sie über einen längeren Zeitraum an die Pflanzen abgibt. Dadurch gedeihen Pflanzen besser und Torferden und Mineraldünger werden im Hobbygarten überflüssig.

Um die Vorteile von Terra Preta einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, hat der BUND Niedersachsen 2014 ein landesweites Projekt ins Leben gerufen. Es wird für drei Jahre von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung gefördert. In fünf Landkreisen und in Hannover baut der BUND-Landesverband gemeinsam mit Kooperationspartnern auf Demonstrationsflächen Gemüse auf unterschiedlichen Böden an. So können Besucher leicht nachvollziehen, wie gut die Gemüsepflanzen auf Terra Preta gedeihen. Bis-

herige Kooperationspartner sind die BUND-Kreisgruppen Salzgitter und Osnabrück, das Museum am Schölerberg in Osnabrück, der Verein Hildesheimer Gartenfreunde, der BUND-Hof Wendbüdel und Gastwerke e. V. in Staufenberg.

Der BUND und seine Partner organisieren ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm: Mit Führungen und Workshops, bei Pflanzenbörsen und Festen informieren sie über Terra Preta und wollen Hobbygärtner dafür gewinnen, die Schwarzerde in ihrem Garten oder auf dem Balkon selbst auszuprobieren. Die Aktionen richten sich an alle Altersgruppen: Beispielsweise werden Kinder eingeladen, gemeinsam mit ihren Eltern zu ernten und zu kochen.

Terra Preta kann jeder im Garten selber herstellen. Wie beim Kompostieren werden Garten- und Küchenabfälle gesammelt, hinzu kommen Urgesteinsmehl, Dung – vorzugsweise aus biologischer Tierhaltung –, nach European Biochar (EBC) zertifizierte Pflanzenkohle und sogenannte

effektive Mikroorganismen, eine spezielle Mischung von Mikroorganismen, die Fäulnis-Prozesse unterdrücken. Die gut vermischten Materialien werden gehäuft und drei bis vier Wochen lang fermentiert. Danach kann die Erde in die Beete ausgebracht und bepflanzt werden.

Dr. Mona Gharib



Foto: © kazoka3030/fotolia.com

Laut und deutlich für eine andere Agrarpolitik



Mitglieder der Kreisgruppe Region Hannover auf der „Wir haben es satt!“-Demo in Berlin. Foto: BUND

Auch in diesem Jahr sind die Kreisgruppe Region Hannover und andere BUND-Gruppen im Januar zur größten Agrardemonstration Deutschlands nach Berlin gefahren. Unter dem Motto „Wir haben es satt!“ machten die BUNDler gemeinsam mit mehreren zehntausend Demonstranten deutlich: Wir wollen keine Gentechnik auf den Äckern und unseren Tellern, keine Freihandelsabkommen, die demokratische Strukturen aushebeln und nur wenige Gewinner haben, keine unsere Milchbauern ruinierende Politik und keine Exportorientierung der Landwirtschaft, die alle Bauern

weltweit unter Druck setzt. Wir wollen eine andere Agrarpolitik!

Die kraftvolle Demonstration hat gezeigt, dass sich die Menschen wieder mehr dafür interessieren, wie ihre Lebensmittel erzeugt werden. Es wird über Art und Umfang der Nutztierhaltung diskutiert, der massive Artenschwund wird thematisiert und über die Folgen von Gentechnik für Landwirtschaft, Natur und Menschen informiert. Auch werden immer mehr Einzelheiten darüber bekannt, welche Auswirkungen die geplanten Freihandelsabkommen wie TTIP auf die Landwirtschaft und weitere Lebensbereiche haben.

Hannelore Plaumann



Luftbild der Hohen Garbe. Deutlich zu sehen ist das Mosaik von verschiedenen Lebensräumen.

Foto: Frank Meyer

Flüsse wieder zu Lebensräumen entwickeln

15

Riesige Kreuzfahrtschiffe auf der Ems, durch Deiche abgetrennte Auen an der Elbe oder Salzabwässer in der Weser – Niedersachsens Flüsse sind der Nutzung durch die Menschen unterworfen, ganze Ökosysteme leiden darunter. Doch im vergangenen Jahr hat der BUND einige Erfolge erzielt: Mit dem Masterplan Ems 2050 ist endlich eine Verbesserung der ökologischen Situation auf den Weg gebracht. Und an der Elbe macht die Renaturierung von Flussauen in der Hohen Garbe gute Fortschritte.

BUND schafft lebendige Auen für die Elbe

Nirgendwo in Mitteleuropa sind mehr Tier- und Pflanzenarten anzutreffen als in naturnahen Auen. Deutschlandweit ist jedoch nur noch ein Fünftel der natürlichen Auen erhalten und davon gilt gerade einmal ein Zehntel als intakt. Deshalb hat sich das Auenökologische Zentrum des BUND auf Burg Lenzen die Erhaltung, vor allem aber die Renaturierung von Auenlebensräumen auf die Fahnen geschrieben.

Im aktuellen Projekt „Lebendige Auen für die Elbe“ steht eines der verbliebenen Juwelen an der Unteren Mittel-Elbe im Fokus: das Gebiet der „Hohen Garbe“. 200 Hektar Auwald mit Eichen und Flatterulmen und einem hohen Anteil an Alt- und Totholz bilden eine typische Hartholzaue. Mittelspechte und Fledermäuse fühlen sich dort zu Hause, ebenso Seeadler und Biber. Doch eine Aue muss regelmäßig überschwemmt werden, um lebendig zu bleiben. In der

Hohen Garbe ist diese natürliche Dynamik des Flusses unterbrochen: Ein alter Deich trennt sie von der Elbe ab und nur selten gelangt Wasser in den Auwald. Ist es einmal da, kann es aufgrund des Altdeiches kaum wieder abfließen.

Um diesen wertvollen Lebensraum wieder an die natürliche Hochwasserdynamik anzuschließen, soll der alte Deich an geeigneten Stellen zurückgebaut werden. Experten untersuchen derzeit in Modellen, welche Auswirkungen Deichschlitzungen oder der Anschluss von Flutrinnen hätte. Um Konflikte mit der Land- oder Forstwirtschaft zu minimieren, erwirbt der BUND Wald- und Wiesenflächen in der Hohen Garbe. Bis Ende 2014 hat er bereits 24 Hektar vor allem wertvoller Hartholz-Auwaldflächen gekauft, weitere 30 Hektar werden folgen. So soll sich eine naturnahe Flussaue entwickeln – weitgehend frei von

Nutzungen. Das kommt zum einen bedrohten Auwaldbewohnern wie Schwarzstorch und Seeadler zu Gute, zum anderen werden naturinteressierte Gäste vom Auenprojekt profitieren: Am Besucherzentrum Burg Lenzen wird ein neues Auenerlebnisgelände entstehen, außerdem werden eine GPS-geführte Auenerlebnistour und Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt.

Ein weiterer Aspekt des Projekts ist der Auenverbund: Getrennt voneinander liegende, intakte Auenlebensräume gleichen Inseln – die dort lebenden Arten haben kaum die Möglichkeit stabile Populationen aufzubauen, neue Lebensräume zu besiedeln und sich genetisch auszutauschen. Daher wird im Elbabschnitt von Wittenberge bis Dömitz beispielhaft erarbeitet, wie typische Auenlebensräume besser miteinander vernetzt werden können.

Dr. Christine Kehl

Noch keine Lösung für Werra und Weser

Um die Versalzung von Werra und Weser durch den Kalibergbau in Hessen und Thüringen zu beenden, hat der BUND im Raumordnungsverfahren zur überregionalen Entsorgung der Salzabwässer (Nordseepipeline) zunächst weitere Schritte zur Vermeidung und Minimierung von Halden- und Produktionsrückständen am Entstehungsort, die Optimierung von Prozessen zur besseren Ausnutzung der Wertstoffe und die Prüfung und Realisierung von Alternativen wie Eindampfen und Versatztagebau gefordert. Eine Einleitung in die Oberweser lehnt der BUND

ab, weil sie die Probleme in der Weser nicht lösen würde. Für eine Nordseepipeline müsste ein unbedenklicher Einleitungsort in die Nordsee für die bereits vorbehandelten Salzabwässer ermittelt werden, an einer Stelle mit guter Vermischung und ohne Beeinträchtigung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer. Die salzhaltigen Abwässer aus den bestehenden Kalihalden sind ebenfalls über eine Nordseepipeline abzuführen. Nachdem Ende 2014 das Land Hessen und K+S einen Vier-Phasen-Plan ausgehandelt hatten, der eine weitere Verpressung der

Kaliabwässer in den Untergrund sowie die Entsorgung durch eine Oberweser-Pipeline vorsieht, haben die betroffenen BUND-Landesverbände den Runden Tisch „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ verlassen. Der Entwurf für einen neuen Bewirtschaftungsplan mit konkreten Maßnahmen zur Salzreduzierung in den Gewässern, wie von der EU zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gefordert, befindet sich nun in der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Dr. Marita Wudtke

Masterplan Ems 2050: Eine Chance für die Unterems

30 Jahre lang wurden an der Unterems Wirtschaftsinteressen auf Kosten der Natur bevorzugt. Das Ergebnis: Die Unterems, einst die fischreichste Flussmündung Deutschlands, ist heute ökologisch in weiten Teilen ein Sanierungsfall. Der nun unterzeichnete Masterplan Ems 2050 ist eine Chance, endlich die ökologische Situation zu verbessern.

Seit 1984 wurde die Unterems massiv vertieft und begradigt, ihre Ufer wurden befestigt, Nebenarme und Überflutungsflächen eingedeicht. 2002 ging das Emsperrwerk in Betrieb, um den Fluss aufzustauen und so die größten Kreuzfahrtschiffe aus Papenburg zur Nordsee zu bringen. In der Unterems schwappen gewaltige Mengen biotischer Schlickschwebstoffe. Wenn sie sich zersetzen, reduziert das den Sauerstoffgehalt im Wasser. Dadurch geht dem Fluss insbesondere im Sommer in weiten Bereichen die Luft aus. Mehrfach hatte der BUND, teilweise zusammen mit WWF, Nabu und anderen, gegen die Eingriffe

der letzten Jahrzehnte geklagt – letztlich ohne Erfolg. Der jetzige beklagenswerte Zustand beruht auf Eingriffen, die nach geltendem Recht und Gesetz planfestgestellt wurden.

Die Wende kam im Frühjahr 2014: Die EU drohte mit einer Vertragsverletzungsklage wegen Verstoßes gegen vier Umweltrichtlinien. Daraufhin wurde zunächst eine Absichtserklärung ausgehandelt und anschließend in einer großen gemeinsamen Anstrengung innerhalb eines halben Jahres der Masterplan Ems 2050 erarbeitet: ein Vertrag zwischen Bund, Land, drei Landkreisen, BUND, Nabu, WWF und der Meyer-Werft, der eine Sanierung der Unterems sichern soll.

Innerhalb von 35 Jahren werden an der Ems insgesamt über 730 Hektar Fläche dem Naturschutz zusätzlich zur Verfügung gestellt. Verbindlich definierte Maßnahmetypen zur Sanierung der Schäden werden in Zehnjahresschritten umgesetzt. 530 Hektar werden zu ästuartypischen Lebens-

räumen wie Tideauwäldern, Röhrichten, Wattflächen mit Prielen und Flachwasserzonen entwickelt. Im Binnenland werden 200 Hektar Lebensraum für Wiesenvögel gesichert. Die Verwirklichung des Masterplans wird insgesamt mehrere hundert Millionen Euro kosten. Für den Zeitraum bis 2018 hat das Land dafür 22 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Um das massive Schlick- und Sauerstoffproblem der Ems so schnell wie möglich zu lösen, werden umgehend zwei Tidepolder von je 30 bis 50 Hektar gebaut. Sommerdeiche werden für das Tidegeschehen geöffnet, Sieltiefs und Schöpfwerke durchgängiger für Fische gemacht, Röhrichzonen und Salzwiesen entwickelt, im Binnenland noch 2015 50 Hektar Wiesenvogellebensraum gesichert. Auf der Grundlage vertiefender Machbarkeitsstudien wird 2018 entschieden, wie man durch Steuerung der Tide die Gewässergüte verbessern kann – durch das Emsperrwerk, den Einbau einer Sohlschwelle, den Bau von Tidepoldern oder eine Kombination dieser Maßnahmen.

Den Grundstein für den Masterplan Ems 2050 haben BUND, Nabu und WWF mit ihrem gemeinsamen Projekt „Lebendige Unterems“ gelegt. Von 2010 bis 2014 entwickelten sie Renaturierungsszenarien und erarbeiteten konkrete Vorschläge, wie die ökologische Situation am und im Fluss verbessert werden kann. Die Projektergebnisse bildeten die Grundlage der Verhandlungen über den Masterplan. Auch aufgrund dieser Arbeit der Verbände ist es nun erstmals gelungen, einen breiten Konsens zu erreichen: Alle Beteiligten bekennen sich zu dem Ziel, Ökologie und Ökonomie an der Ems in Einklang zu bringen.

*Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler
Vera Konermann*

Für Schiffsüberführungen wird die Ems regelmäßig aufgestaut – mit verheerenden Folgen für die Natur.

Foto: Jetti Kuhlemann/pixelio.de





Um den Ausstieg aus Kohle- und Atomkraft zu schaffen, muss der Energieverbrauch sinken und die erneuerbaren Energien müssen weiter ausgebaut werden.

Foto: Andrea Kusajda/pixelio.de

Die Energiewende weiter voranbringen

17

Der BUND ist überzeugt: Atomkraftwerke und Kohlemeiler sind Auslaufmodelle, die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Doch bis es soweit ist, gibt es noch einiges zu tun. Noch immer laufen Atomkraftwerke, noch immer gibt es kein sicheres Endlager für den strahlenden Müll und noch immer planen Unternehmen neue Kohlekraftwerke. Gleichzeitig gilt es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzubringen und die Anstrengungen zum Energiesparen zu verstärken.

Atomkraft: Es ist noch lange nicht vorbei

Niedersachsen ist auf vielfältige Art von der Atomkraft betroffen. Neben den noch laufenden Atomkraftwerken in Grohnde und Lingen liegen auch die sogenannten Endlager Schacht Konrad, Asse und Gorleben in unserem Bundesland. Grund genug für den BUND-Landesverband, sich weiter gegen Atomkraft und für eine möglichst sichere Entsorgung des Atommülls einzusetzen.

Im September 2014 gründete sich im Landesverband der Arbeitskreis Atom. Er beschäftigt sich unter anderem damit, wie es weitergeht mit Schacht Konrad und der Asse. Beide Themen hängen eng zusammen: In Schacht Konrad soll der Atommüll aus der Asse untergebracht werden. Dabei ist der Schacht weder dafür geeignet, noch gibt es eine Genehmigung. Insgesamt war die Situation an und in der Asse im vergangenen Jahr sehr problematisch. Um den Atommüll zu bergen, sind ein Pufferlager, eine Konditionie-

rungsanlage und ein Zwischenlager notwendig. Außerdem muss dringend ein Schacht gebaut werden. Doch 2014 gab es wenige Fortschritte, es wurden keine Entscheidungen für die notwendigen neuen Anlagen getroffen. Und so stellt sich immer wieder die Frage, ob das Bergen des Atommülls aus der Asse wirklich mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt wird. Nach wie vor ist unsicher, ob es überhaupt möglich sein wird, den Müll dort herauszuholen.

In Gorleben gab es kleine Erfolge zu vermelden: Die Bundesregierung hat die Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplanes zurückgezogen; der Planfeststellungsbeschluss wird nicht weiter verfolgt; Anlagen, Maschinen und Versorgungseinrichtungen im Erkundungsbereich 1 werden entfernt und der Besucherverkehr in den Salzstock wird eingestellt. Das ist zunächst sehr erfreulich, war und ist doch Gorleben eine Belastung für ein

neues Suchverfahren, wie es das Standortauswahlgesetz vorsieht. Allerdings sind noch weitere Hürden zu überwinden, bevor man tatsächlich von einer „weißen Landkarte“ für die Suche nach einem Lager für hochradioaktiven Müll sprechen kann. So steht 2015 die Verlängerung der Veränderungssperre an, die es nur in Gorleben gibt. Sie besagt – einfach dargestellt –, dass im Boden keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen, die ein mögliches „Endlager“ verhindern. Bei allen anderen möglichen Standorten könnte ein Kreistag oder ein Gemeinderat zum Beispiel eine Geothermieanlage planen und damit ein „Endlager“ verhindern. Es wird spannend, wie die Entscheidung zum diesem Thema in Bezug auf Gorleben ausfällt.

Dass es kein sicheres Atommülllager geben wird, verdeutlichen auch die Sitzungen der Endlagersuchkommission, die 2014 ihre Arbeit aufgenommen hat. Der

BUND ist in dem Gremium durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus Brunsmeier vertreten. Das erste Halbjahr 2014 war von der Diskussion geprägt, ob der BUND in dieser Kommission mitarbeiten soll oder nicht. Das sei eine „Mitmach-falle“, wurden wir von denjenigen gewarnt,

die dagegen waren, sich zu beteiligen. Der Landesverband Niedersachsen hat sich nach intensiver Diskussion dafür ausgesprochen, dass der BUND in der Kommission mitarbeitet. Ob unsere berechtigten Forderungen an die Kommission erfüllt werden, müssen die nächsten Monate zeigen.

Neben der Frage, wohin der Atom-müll letztlich gebracht werden soll, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass in Niedersachsen noch immer Atomkraftwerke laufen. Besonders das Atomkraftwerk Grohnde fiel 2014 durch Pannen auf. Die waren zwar für sich gesehen nicht gravierend, haben aber erneut die Frage aufgeworfen, ob Reaktoren aus Altersgründen nicht schneller vom Netz gehen müssen als derzeit geplant. Für den Landesverband war und ist die Antwort eindeutig: Altersschwache Reaktoren gehören schneller abgeschaltet als geplant. Unabhängig davon sind wir nach wie vor der Meinung, dass alle Atomkraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden müssen. Nur so kann weiterer Atom-müll vermieden werden.

Renate Backhaus

In Schacht Konrad soll Atom-müll aus der Asse gelagert werden.

Foto: BUND



In Stade wird immer noch ein Kohlekraftwerk geplant

18

Noch vor wenigen Jahren sollten in Deutschland ungefähr 25 Steinkohlekraftwerke gebaut werden, allein sieben an der Niederelbe, davon drei in Stade. Die meisten Planungen wurden inzwischen aufgegeben; einerseits durch massiven öffentlichen Druck, vor allem von Seiten der Umweltverbände und durch Gerichtsverfahren, andererseits weil die Konzerne erkannten, dass Kohlekraftwerke auf Dauer nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind.

In Stade haben die Stromkonzerne Electrabel/GdF und Eon ihre Pläne für zwei Kohlemeiler mittlerweile beerdigt. Die Planungen für das Steinkohlekraft-

werk der Firma Dow Chemical mit einer Leistung von circa 1000 Megawatt laufen jedoch weiter. Etwa 600 Megawatt Strom will das Chemieunternehmen im eigenen Werk verbrauchen; damit kann der Kohlemeiler beständig in Grundlast gefahren werden. Der Rest von 400 Megawatt soll ins öffentliche Netz eingespeist werden.

Im Juli 2014 hat der Rat der Stadt Stade mit großer Mehrheit den Bebauungsplan für das Kohlekraftwerk beschlossen. Ende des Jahres wurde er veröffentlicht und ist damit gültig. Nun bleibt ein Jahr Zeit, um vor Gericht gegen den Bebauungsplan vorzugehen. Ein breites Bündnis von Umweltverbänden wird eine Nor-

menkontrollklage gegen die Stadt Stade einreichen, Klageführer wird der BUND-Landesverband sein. Außerdem beteiligen sich die BUND-Kreisgruppe Stade, Greenpeace, der Nabu-Landesverband Niedersachsen und der Nabu-Kreisverband Stade, die Arbeitsgemeinschaft Umweltpflege Niederelbe, die Bürgerinitiative Stade-Altes Land und die Bürgerinitiative Hasel-dorfer Marsch.

Dow Chemical „verkauft“ das Stader Kraftwerk als ein innovatives, modernes Industriekraftwerk mit einem Brennstoffmix aus Wasserstoff, Biomasse und Steinkohle. Tatsächlich aber sind Wasserstoff und Biomasse (Holz) eher ein Feigenblatt: Ihr Anteil soll höchstens 16 Prozent betragen. Der Hauptbrennstoff ist mit über 80 Prozent Steinkohle. Letztlich soll hier ein ganz normaler, schmutziger und klimaschädlicher Kohleblock gebaut werden, mit einem CO₂-Ausstoß von circa 5,6 Millionen Tonnen pro Jahr und gesundheitsschädlichen Quecksilber – und Feinstaubemissionen.

Silke Hemke

Die BUND-Kreisgruppe Stade veranstaltete eine Podiumsdiskussion zum geplanten Neubau eines Kohlekraftwerks.

Foto: BUND



Energiewende beschleunigen statt ausbremsen

Zwei Themen dominierten 2014 die Diskussion um die Energiewende: der gebremste Fortschritt im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der Stromnetzausbau. Beide Themen haben mit der Stromversorgung zu tun, die Bereiche Wärme und Verkehr hingegen werden in der Diskussion weitgehend außer Acht gelassen. Dabei besteht dort ein gigantisches Potenzial: Bei der derzeitigen Sanierungsquote von Gebäuden von nur 1 Prozent pro Jahr wird es noch lange dauern, die Umweltbelastung und die Heizkosten für die Bewohner spürbar zu senken. Und das immer noch ansteigende Verkehrsaufkommen lässt ernsthafte Anstrengungen zur Verbrauchsminderung und zur Verkehrsvermeidung vermissen.

Bei der Novellierung des EEG stand im Vordergrund, den Ausbau der erneuerbaren Energien abzubremsten. Das mag angesichts der stark angestiegenen Biogaserzeugung verständlich erscheinen, hat aber insgesamt katastrophale Folgen: Leicht erschließbare Kapazitäten stehen nicht rechtzeitig zur Ablösung der Atomkraftwerke zur Verfügung. Die Last der Finanzierung müssen weiterhin vor allem Privatkunden und Kleinverbraucher tragen, obwohl sie nur die Hälfte des Stroms verbrauchen. Bei den Firmen der Erneuerbare-Energien-Branche sind unzählige Arbeitsplätze weggefallen – oftmals bei den Pionieren, die schon seit Beginn der Anti-Atom-Bewegung dabei waren. Und

die Umstellung von Festvergütungen auf Ausschreibungen führt nicht zwangsläufig zu geringeren Strompreisen, sondern gefährdet die Beteiligung kleinerer Betreiber, insbesondere von Energiegenossenschaften.

Windenergie naturverträglich ausbauen

Die derzeitige Landesregierung hat einen Windenergieerlass angeschoben, der alle planungsrechtlichen Vorgaben zusammenfassen soll. Ein Entwurf des Erlasses wurde bereits veröffentlicht, ebenso das Ziel: Die Windkraftnutzung soll in den nächsten 35 Jahren von 8 auf 20 GW steigen. Dafür sollen über die Raumordnung Vorgaben für Vorrangflächen an die Landkreise gemacht werden. Bei einer durchschnittlichen Leistung von 5 MW je Anlage braucht man 1,4 Prozent der Landesfläche für Windenergieanlagen. Der heutige Anteil liegt bei rund 0,9 Prozent. Das Thema Naturschutz und Landschaftsbild wird in einem gesonderten Leitfadens geregelt.

Der BUND ist in der Arbeitsgruppe zum Windkrafteerlass vertreten. Er unterstützt das Ziel der stärkeren Windenergienutzung und betont, dass die Belange von Natur- und Landschaftsschutz berücksichtigt werden müssen und ein Repowering älterer Standorte notwendig ist. Um Fehlsteuerungen zu vermeiden, fordert er ein Monitoring, das die Auswirkungen auf besonders gefährdete Arten erfasst. Der

Windkrafteerlass sollte auch eine Berichtspflicht an den Landtag enthalten, um den Ausbaufortschritt zu dokumentieren und die Erkenntnisse des Monitoring rückzukoppeln. Der BUND wird weiterhin alle Windkraftvorhaben genau auf die Eignung des Standorts und mögliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft prüfen und sich danach für eine Billigung oder eine Ablehnung des Vorhabens entscheiden.

Energieversorgung der Zukunft

Im BUND Niedersachsen wird über die Nutzung verschiedener Formen erneuerbarer Energien diskutiert, gleichzeitig verfolgt der Verband das Ziel, mittelfristig aus der fossilen und atomaren Stromerzeugung auszusteigen. Daher stellt sich die Frage: Wie kann ein Leitbild aussehen, das von einer Mehrheit im Landesverband getragen wird? Ein Mitarbeiter der Ostfalia-Hochschule hat ein transparentes Modellierungsprogramm entwickelt, das in moderierten Entwicklungsprozessen eingesetzt wird. Der Arbeitskreis Energie schlägt vor, mit Interessierten aus dem Vorstand, den anderen Arbeitskreisen und den Kreisgruppen ein solches Szenario des BUND für Niedersachsen in einem Tagesseminar zu erarbeiten. Es kann bei Interesse durch Szenarien für einzelne Landkreise oder Regionen ergänzt und konkretisiert werden.

Michael Kralemann

Erneuerbare Energien, Mobilität, neue Stromleitungen – die Energiewende bringt viele Herausforderungen mit sich.

Fotos links: Florian Gerlach/pixelio.de, lichtkunst.73/pixelio.de
Fotos rechts: Th. Reinhardt/pixelio.de, Markus Kräft/pixelio.de





Autobahnen zerschneiden die Landschaft und damit die Lebensräume von Tieren und Pflanzen.

Foto: Maik Schwertle/pixelio.de

Damit der Naturschutz nicht unter die Räder kommt

Ob Autobahnen oder Schienentrassen – noch immer setzen Politik und Wirtschaft in Niedersachsen zu oft auf den Neubau statt auf den Ausbau bestehender Strecken. Der BUND mischt sich in die Verkehrsplanung ein und schlägt umweltfreundlichere Alternativen vor, damit Lebensräume von Tieren und Pflanzen erhalten bleiben.

20

Autobahnen werden trotz Einwänden weitergeplant

BUND nennt Alternativen

Die Planungen für den Bau der A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg laufen weiter, obwohl der BUND im Rahmen der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2015-2030 für den 2+1-Ausbau der B 4 plus Ortsumgehungen plädiert hat und das Land das als zu prüfende Alternative an den Bund gemeldet hat. Der BUND hat auf die natur- und umweltschutzfachlichen Defizite hingewiesen, wie Verstöße gegen die Natura-2000-Richtlinie und den Artenschutz, und die Verkehrsprognosen infrage gestellt. Der erste Abschnitt der A 39 im Bereich Lüneburg befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren. Nun startete auch das Verfahren für einen weiteren Abschnitt, von Wolfsburg bis Ehra.

Auch die Planungen für die A 20 gehen weiter. Dabei wollte das Bundesverkehrsministerium eigentlich sämtliche Projekte des BVWP erneut bewerten und überprüfen, die sich bis Ende 2015 nicht im Bau befinden. Und eine Finanzierung ist bislang nicht in Sicht. Für das Kernstück der A 20, den Elbtunnel zwischen Drochtersen und Glückstadt, wurde ohne Öffentlich-

keitsbeteiligung eine Änderungsplanung durchgeführt: Die Verknüpfung mit der noch zu bauenden A 26 nordwestlich von Stade soll in ein späteres eigenständiges Planfeststellungsverfahren ausgelagert werden. Der BUND hat insbesondere die fehlende Verkehrsuntersuchung und naturschutzfachliche Defizite bemängelt. Für den Abschnitt des Tunnels von Glückstadt bis zur Elbmitte hat Schleswig-Holstein mittlerweile den Planfeststellungsbeschluss erteilt, Niedersachsen wird auf seiner Seite der Elbe nachziehen. Damit würde die Elbquerung einen Torso darstellen, denn für die in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein anschließenden Abschnitte der A 20 laufen die Planfeststellungsverfahren noch oder haben noch nicht einmal begonnen. Außerdem ist eine Finanzierung des Elbtunnels bisher nicht in Sicht. Die Planfeststellungsbeschlüsse zur Elbquerung wären also gar nicht umsetzbar.

Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven

Über die Bahnstrecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven sollen Container vom Jade-Weser-Port ins Hinterland transpor-

tiert werden. Dafür ist ein Ausbau der vorhandenen Trasse auf zwei Gleise geplant, die Strecke soll elektrifiziert werden und es soll Lärmschutzmaßnahmen geben. Der BUND hat die Ertüchtigung der Strecke zwischen Oldenburg und Rastede im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens begrüßt, da dafür weitgehend die bestehende Trasse genutzt wird. Für eine mögliche Umgehungstrasse im Osten Oldenburgs fordert der BUND zwingend ein Raumordnungsverfahren, weil die Trasse nationale und internationale Schutzgebiete und möglicherweise auch Siedlungsgebiete betrifft.

Reaktivierung von Bahnstrecken

Um mehr Personenverkehr auf die Schiene zu bringen, will das niedersächsische Verkehrsministerium stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren. Nach einem dreistufigen Auswahlverfahren inklusive Kosten-Nutzen-Analyse blieben von ursprünglich 74 Strecken drei übrig, auf denen zukünftig wieder Züge fahren sollen. Über das Nahverkehrsbündnis war der BUND in den Auswahlprozess eingebunden.

Dr. Marita Wudtke

Arbeitskreis Verkehr: Streckenausbau statt Y-Trasse

Niedersachsen als Transitland steht vor großen Herausforderungen, wenn man die Ziele Klimaschutz, Energieeinsparung, Erhalt der biologischen Vielfalt und Lärmschutz ernst nimmt. Der BUND setzt sich dafür ein, dass umweltschädlicher Straßenverkehr durch verkehrsträgerübergreifende Netzplanung vermieden wird, dass Umweltauswirkungen und externe Kosten bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) berücksichtigt werden und dass es eine rechtzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung gibt.

Der Arbeitskreis Verkehr hat sich im vergangenen Jahr insbesondere mit der Y-Trasse und den von der Deutschen Bahn aufgenommenen Alternativen befasst und sich auf das „Dialogforum Schiene Nord“ vorbereitet. Arbeitskreissprecher Hans-Werner Mohrmann vertritt den BUND Niedersachsen in diesem moderierten Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung, das

auf ein knappes Jahr ausgelegt ist und vom Land Niedersachsen initiiert wurde. Die Ergebnisse des Dialogforums sollen in die Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes einfließen. Bei der ersten Sitzung wurde beschlossen, weitere Alternativstrecken in die Planung aufzunehmen. Nicht allen stimmt der BUND zu, beispielsweise der sogenannte Breimeier-Variante über Lüneburg nach Wittenberg (Brandenburg), die durch das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau verlaufen und Natura-2000-Gebiete betreffen würde. In einem Standpunkt-Papier zur Y-Trasse spricht sich der Arbeitskreis Verkehr für ein integriertes Hafen- und Verkehrskonzept aus. Anstelle von Neubaustrecken, die sich alle in einem Raum mit hohem Flächenanteil ökologisch empfindlicher Gebiete befinden, sollte das bestehende Netz ausgebaut werden. Daneben fordert der BUND eine effektive Bürgerbeteiligung.

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des BVWP hat der Arbeitskreis zusammen mit dem Verkehrsreferat des Bundesverbandes die Verkehrsprojekte in Niedersachsen und die vom BUND vorgeschlagenen Alternativen diskutiert. Als besonders relevant hebt der Arbeitskreis folgende Kriterien hervor: Erhalt unzerschnittener, verkehrsarmer Räume, Begrenzung des Flächenverbrauchs, Verkehrsverlagerung und Lärmverminderung bzw. -vermeidung. Im Herbst 2015 will das Bundesverkehrsministerium vergleichende Kosten-Nutzen-Analysen für die Verkehrsprojekte vorlegen. Der BUND erwartet, dass spätestens dann die vom Land angekündigte und längst überfällige transparente Verbands- und Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet.

*Hans-Werner Mohrmann,
Dr. Marita Wudtke*



Für den Güterverkehr sollen Bahnstrecken in Niedersachsen ausgebaut werden.

Foto: Erich Westendarp/pixelio.de

10 Jahre Widerstand gegen den A 20-„KüstenautoWahn“

Seit mittlerweile zehn Jahren besteht der „Koordinationskreis der Initiativen und Umweltverbände gegen die A 20 (A 22)“. Von Anfang an beteiligten sich daran Vertreter von BUND-Kreisgruppen, auch der Landesverband unterstützt bis heute die Aktiven vor Ort. 2003 wurde die sogenannte Küstenautobahn A 22 zwischen Westerstedde und Drochtersen in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Um den Widerstand entlang der Trasse zu bündeln, gründete sich im November 2004 der Koordinationskreis.

Für die A 22, inzwischen in A 20 umbenannt, wird nur eine sehr geringe Aus-

lastung prognostiziert. Sie würde aber zahlreiche verkehrsarme, unzerschnittene Räume durchtrennen, die so dringend notwendig sind für den Erhalt der biologischen Vielfalt: Knapp die Hälfte der Trasse verläuft durch wertvolle Moore, und etliche europäische Schutzgebiete würden beeinträchtigt. Der Koordinationskreis setzt sich konstruktiv für eine nachhaltige Mobilität und für den Erhalt des unzerschnittenen ländlichen Raumes ein. Dazu organisierte er in den vergangenen zehn Jahren viele bunte Aktionen, Solidaritätskonzerte, Fahrradsternfahrten und Informationsveranstaltungen, führte Ge-

spräche mit Politikern und machte intensive Pressearbeit. Schon frühzeitig durchkreuzten die A 20-Gegner die Planung mit Gutachten. Sie haben ein detailliertes Alternativenkonzept erarbeitet, und eine Nutzenanalyse entkräftete das Argument, die A 20 sei für die Hinterlandanbindung der Seehäfen notwendig.

Die Planung der A 20 geht zwar weiter. Aber das hohe Niveau der Arbeit der Gegnerschaft hat schon manchen Tribut von der Planung gefordert. Nach zehn Jahren ist von den sieben Abschnitten der Autobahn erst einer im Planfeststellungsverfahren.

Susanne Grube

Das Wattenmeer braucht unseren Schutz

Das niedersächsische Wattenmeer ist ein einzigartiger Lebensraum und als Nationalpark und Weltnaturerbe geschützt. Der BUND setzt sich dafür ein, dass dieses empfindliche Ökosystem auch in Zukunft intakt bleibt. Deshalb sensibilisieren die Nationalpark-Häuser jährlich tausende Touristen für den Wert des Wattenmeers, und BUND-Gruppen im Landesinneren werben für die Reduzierung von Plastikmüll, der allzu oft im Meer landet und dort Tiere und Pflanzen schädigt.

Forschung trifft Umweltbildung auf Spiekeroog

Eine Auszeichnung für sein Bildungskonzept bekam das Spiekerooger Nationalpark-Haus Wittbülten im Februar 2014. Die Deutsche UNESCO-Kommission kürte es zum UN-Dekade-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln: Spiekeroog als Lernfeld für Nachhaltige Entwicklung“ erarbeiten Schüler und Studierende im Wittbülten grundsätzliche Fragestellungen zur Nachhaltigkeit anhand der konkreten Situation der touristischen Insel Spiekeroog. Themen sind „Wasser“, „Energie und Klima“, „Vogelzug“ und „Mikromüll“. Die Angebote sind konzipiert für Mittel- und Oberstufenkurse und studentische Gruppen, die sich im Sinne der BNE intensiv mit der naturkund-

lichen und der gesellschaftspolitischen Dimension des Wattenmeeres auseinandersetzen wollen. Sie folgen dem reformpädagogischen Ansatz der Hermann-Lietz-Schule Spiekeroog, die das Wittbülten gegründet hat: „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“.

Das Forschungszentrum im Nationalpark-Haus Wittbülten war im vergangenen Jahr wieder sehr gut ausgelastet. Neben verschiedenen Arbeitsgruppen der Universität Oldenburg nutzen mittlerweile auch die Universitäten Münster, Hamburg, Greifswald, Bonn und München regelmäßig die Einrichtung. Seit August haben die Universitäten Oldenburg und Göttingen ein gemeinsames Projekt der Biodiversitätsforschung auf Spiekeroog etabliert, mit dem Nationalpark-Haus als Basis. Das Projekt „BEFmate“ untersucht auf zwölf künstlichen Inseln im Watt die Besiedlung neuer Flächen durch Tiere und Pflanzen. Es erforscht beispielsweise, über welche Prozesse die Arten miteinander vernetzt sind oder wie sich eine Lebensgemeinschaft nach einer Störung wie einer Sturmflut regenerieren kann. Zusammen mit der Uni Oldenburg hat das Nationalparkhaus einen neuen Ausstellungsbereich „Forschung auf Spiekeroog“ vorbereitet. Ab der Saison 2015 können die Besucher dort unter anderem mehr über die künstlichen Inseln des „BEFmate“-Projekts erfahren und sich über aktuelle Forschungsergebnisse

informieren. Anfang August besuchte der BUND-Bundesvorsitzende Hubert Weiger Spiekeroog. Er schaute auch im Wittbülten und den Forschungslabors vorbei, zeigte sich beeindruckt und gab gute Anstöße und Ideen für die weitere Arbeit.

Swaantje Fock

Schüler und Studierende beschäftigen sich auf Spiekeroog mit dem Problem des Plastikmülls im Meer.

Foto: Wittbülten



Im Labor des Nationalparkhauses Wittbülten werden Gewässerproben untersucht.

Foto: Wittbülten



Juister Schüler werden zu „Junior-Rangern“

In der Saison 2014 begeisterten im Nationalpark-Haus Juist gleich mehrere neue Veranstaltungen große und kleine Gäste: Eine Stranderkundung richtete sich gezielt an Erwachsene, in den Ferien wurden Kinder zu „Wattenmeer-Entdeckern“ und im Spätsommer startete auf der alten Gleis-

trasse der ehemaligen Inselbahn erstmals eine Salzwiesenführung, deren Route tatsächlich mitten durch eine Salzwiese verläuft. Im Herbst wurde eine Familien-Nachtwanderung konzipiert und erfolgreich angeboten, und zu den 6. Zugvogeltagen informierte ein neu entwickelter Vortrag über die Vogelinsel Memmert.

Acht Fünftklässler der Inselchule Juist dürfen sich seit dem vergangenen Jahr offiziell „Junior-Ranger“ nennen. Sie haben fast ein ganzes Schuljahr lang an einer Schul-AG des Nationalpark-Hauses teilgenommen und viel über das Wattenmeer gelernt.

Jens Heyken



Mithilfe künstlicher Inseln erforschen die Universitäten Oldenburg und Göttingen das Watt vor Spiekeroog.

Foto: Wittbüten

Stader sorgen für müllfreie Strände

Große Mengen Plastikmüll landen über Bäche und Flüsse im Meer und gefährden dort Tiere und Pflanzen. Die BUND-Kreisgruppe Stade packt dieses Problem dort an, wo jeder einzelne etwas tun kann: beim Einkauf. Gemeinsam mit dem Abfallwirtschaftsamt des Landkreises und den Stader Marktbeschickern startete sie dazu in der Vorweihnachtszeit die Aktion „Müllfreie St(r)ände“ auf dem Stader Wochenmarkt. Das Ziel: Den Verbrauch von Plastiktüten verringern, indem die Kunden ihre Einkäufe in Stofftaschen verpacken.

An drei Aktionstagen verteilten BUNDler und Mitarbeiter der Abfallwirtschaft Info-Material mit Tipps für den müllfreien Einkauf. Außerdem gaben sie Baumwolltaschen mit dem Aufdruck „Müllfreie St(r)ände“ aus. An fast allen Marktständen wurde ein Plakat aufgehängt mit der Aufschrift „Hier werden Waren gerne in Ihre mitgebrachten Behälter verpackt“. Das Angebot, an einem Stand Stofftaschen auszuleihen und nicht mehr benötigte Taschen zurückzugeben, nahmen die Kunden sehr gut an. In zahlreichen Gesprächen wurde klar, dass viele Verbraucher die Problematik der Plastiktüten und des Plastikmülls bereits erkennen. Etliche hatten bereits eine Stofftasche dabei, aber bei einigen muss der Schritt von der Erkenntnis zum geänderten Verhalten noch erfolgen.

Auf gute Resonanz stieß die Aktion auch bei den Medien: Das NDR-Fernsehen berichtete und zwei Tageszeitungen griffen die Aktion auf. Daraufhin sammelten

Schülerinnen und Schüler des Stader Gymnasiums Athenaeum bei einer Wette 2.869 Stoffbeutel und stellten sie als Tauschtaschen zur Verfügung.

Im Vorwege hatte der BUND bei den Händlern den Verbrauch an Plastiktüten abgefragt. Etwa ein Drittel der Standinhaber antwortete. Demnach gaben sie jede Woche 5.250 Plastiktüten aus. Ein großer Obst- und Gemüsestand alleine hatte einen wöchentlichen Verbrauch von 3.000 Tüten. Nach den Aktionstagen verteilte er nach eigenen Angaben nur noch

500 Tüten an seine Kunden. „Müllfreie St(r)ände“ wird 2015 fortgesetzt: Auf der Stader Regionalmesse wird der BUND gemeinsam mit der Abfallwirtschaft des Landkreises über die Vermeidung von Plastikmüll und die Wegwerfmentalität bei Lebensmitteln informieren. Ein nächster Aktionstag ist für Ende März auf dem Buxtehuder Wochenmarkt geplant. Zusätzlich zu den Marktbeschickern werben inzwischen auch mehrere Stader Geschäfte für den Verzicht auf Plastiktüten.

Monika Niemeyer

Die Kreisgruppe Stade und das Abfallwirtschaftsamt des Landkreises werben auf dem Wochenmarkt dafür, weniger Plastiktüten zu nutzen.

Foto: BUND





Die BUNDjugend demonstriert in Hannover für ein verbindliches Klimaschutz-Abkommen.

Foto: BUNDjugend

Niedersachsens Nachwuchs-Umweltschützer mit viel Spaß bei der Sache

Ob auf dem Naturspielplatz für Stadtkinder, beim Tagebuch-Wettbewerb für Schüler oder durch ein politisches Planspiel für Jugendliche – in der BUNDjugend und vielen BUND-Gruppen lernen junge Menschen auf ganz unterschiedliche Weise die Natur kennen und engagieren sich für eine gesunde und saubere Umwelt.

24

BUNDjugend: aktiv für den Klimaschutz

Viele der BUNDjugend-Aktivitäten drehten sich im vergangenen Jahr um das Schwerpunktthema Klima: Im Januar fand in Hannover ein Nachtreffen der Reise zur Klimakonferenz 2013 nach Warschau statt, kombiniert mit einem Vernetzungstreffen für alle klimainteressierten Jugendlichen aus Niedersachsen. Im Februar nahmen daraufhin einige BUNDjugend-Aktive an einem bundesweiten Klimavernetzungstreffen in Berlin teil. Dort legten sie den Grundstein für den KLIMAKongress, den BUNDjugend und JANUN im Juni gemeinsam

veranstalteten. Der Kongress brachte 65 Teilnehmer in Neustadt am Rübenberge zusammen, die sich austauschten und Mitstreiter für ihre Aktionen zur Klimapolitik fanden. Dort entstand auch die Idee für ein Planspiel im Rahmen der Klimakampagne „COP in my city“, die alljährlich zeitgleich zu den Klimaverhandlungen weltweit stattfindet. 15 Jugendliche simulierten im November eine Klimakonferenz. Sie schlüpften in die Rollen von Staaten, NGOs und Medien und lernten so die Konfliktlinien und Schwierigkeiten der Klimapolitik kennen. Am Nikolaustag demonstrierten die Planspiel-Teilnehmer dann in der Hannoveraner Innenstadt für verbindliche Klimaziele. Verkleidet mit Nikolaus- und Eisbärkostümen, verteilten sie Informationen zum Klimaschutz an Passanten.

Im Mai startete die BUNDjugend das Projekt Landschaftswandler.in, das von der Aktion Mensch gefördert wird. Projektleiterin Clara Waldermann unterstützt BUND-Gruppen, vor allem aus ländlichen und kleinstädtischen Gebieten, darin, Aktionstage für 8- bis 18-Jährige zu planen und umzusetzen. Die Aktionstage sollen

die Kinder und Jugendlichen motivieren, sich anschließend als feste Gruppe für Umwelt- und Naturschutz zu engagieren. Deshalb lädt das Projekt nach den Aktionstagen zu zwei bis drei weiteren Nachmittagen ein („Follow-Ups“). Sie werden von den BUND-Gruppen selbst betreut oder von Personen aus einer Juleica-Gruppenleiter-Schulung, die im März und April 2015 stattfindet. In den Sommerferien wird es vom 28. bis 30. August ein Umweltcamp geben, die zentrale Veranstaltung von Landschaftswandler.in. Die Projektbeteiligten können sich dort austauschen und Neues über Umwelt- und Naturschutz lernen, Schwerpunktthema wird Fracking in Niedersachsen sein.

Neuen Schwung gab der BUNDjugend Niedersachsen auch eine Landesjugendversammlung im Oktober – die erste seit mehreren Jahren. Viele Neue lernten die BUNDjugend und ihre Mitmachmöglichkeiten kennen und wollen nun an Aktionen mitwirken. Einige Hannoveraner gründeten sogar eine neue BUNDjugend-Gruppe. Außerdem wählte die Versammlung eine fünfköpfige Landesjugendleitung.

Clara Waldermann

Bei einem Planspiel simuliert die BUNDjugend eine internationale Klimakonferenz.

Foto: BUNDjugend



Schüler führen ausgezeichnet Tagebuch

Auch 2014 nahmen wieder viele Schulklassen, Gruppen und einzelne Kinder am Naturtagebuch-Wettbewerb der BUNDjugend teil und schickten ihre Naturbeobachtungen in Tagebuchform ein. Auf lokaler Ebene im Landkreis Stade organisierte die BUND-Kreisgruppe den Wettbewerb zum vierten Mal, gemeinsam mit der Sparkasse Stade-Altes Land. 74 Kinder von acht bis zwölf Jahren haben die Natur ganz genau unter die Lupe genommen und ihre Beobachtungen und Erfahrungen festgehalten. Sie reichten insgesamt 21 Tagebücher ein, alle liebevoll und kreativ gestaltet.

Drei Einzeltagebücher wurden prämiert, von denen zwei auch auf Landesebene einen Preis bekamen. In der Kategorie Klassenpreis gab es gleich zwei erste Plätze: für die Klasse 2b der Grundschule Hammah und die Klasse 3a der Grundschule Ahlerstedt. Das Naturtagebuch der Grundschule Ahlerstedt wurde auch auf Landesebene prämiert, und auf Bundesebene gewannen die Schülerinnen und Schüler den ersten Preis. Stargast der Preisverleihung in Stade war der Fernsehgärtner John Langley, der mit viel Witz die Preise überreichte und Kinder und Erwachsene zum Lachen brachte. *Monika Niemeyer*



Die Preisträger des Naturtagebuch-Wettbewerbs in Stade. Foto: BUND

Natur entdecken am Waldhaus Altenhagen

Das Waldhaus Altenhagen der BUND-Kreisgruppe Salzgitter besuchten auch 2014 wieder verschiedene Schulklassen und Jugendgruppen. Das Gymnasium am Fredenberg in Salzgitter hielt einen Teil seiner Projektwoche „Nachhaltigkeit in Aktion“ dort ab. Zwölf Schülerinnen und Schüler der 7. und 9. Klassen kamen mit ihren Lehrerinnen ins Waldhaus und bauten mit BUND-Unterstützung Insektenhotels. Trockene Hartholzklötze wurden angebohrt und Konservendosen mit Halmen aus der Schilfkläranlage befüllt. Neben der handwerklichen Arbeit setzten sich die Mädchen und Jungen mit der ökonomischen und der ökologischen Bedeutung von Insekten, zum Beispiel als Bestäuber für Wild- und Nutzpflanzen, auseinander.

In den Sommerferien leitete Waltraud Gerke-Wittfoot vom BUND Salzgitter eine dreitägige Ferienfreizeit, die zusammen mit der Stadt am Waldhaus Altenhagen angeboten wurde. Naturentdecker von sechs bis zwölf Jahren unternahmen unter anderem einen Waldspaziergang, beschäftigten sich mit dem Leben im Wasser und gingen der Frage nach, was eine Streuobstwiese ausmacht. Für das Kranich-Gymnasium Salzgitter bot die BUND-Kreisgruppe ein abiturrelevantes Praktikum „Waldökologie“ für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe an. Außerdem informierten sich zwei Bildungsurlaubsgruppen der IG Metall über das Projekt Waldhaus und die geplante Kleinwindanlage. *Thomas Ohlendorf*



Schülerinnen und Schüler arbeiten im Waldhaus Altenhagen. Foto: BUND

Ein Stück Wildnis für Kinder mitten in Nienburg

Matschen, klettern, verstecken spielen – all das können Nienburger Kinder seit September mitten in der Stadt tun, in der rund 7000 m² großen BUND Kinderwildnis. Dort gibt es außer einer Schaukel und einem Stelzenhaus keine weiteren klassischen Spielgeräte; zum Spielen dient vor allem die Natur. Es gibt viel Platz zum Rennen, hohes Gras, in dem man sich verstecken kann, und Bäume zum Klettern. So können sich die Kinder auf ihre eigene Weise bewegen und ihre Kreativität entfalten.

Lokalpolitiker und Förderer zeigten sich bei der Eröffnungsfeier beeindruckt von der Kinderwildnis und lobten den Einsatz der Kreisgruppe. Die Kooperationspartner Friedrich-Ebert-Grundschule Nienburg, Lebenshilfe Nienburg GmbH und das Christliche Jugenddorfwerk Nienburg e.V.

freuten sich, dass die Ideen von Kindern und Jugendlichen realisiert wurden. In Zukunftswerkstätten hatten sie selbst Vorschläge für die Gestaltung der Kinderwildnis erarbeitet. Die Modelle präsentierten sie der Öffentlichkeit mit einer Ausstellung im Rathaus.

Neben Umweltbildungs-Aktionen für Kinder in Schule, Kita und Freizeit hat das Projekt Kinderwildnis eine zweite Säule: Das Team der Kinderwildnis bietet Fortbildungen für pädagogisches Personal an. Inzwischen sind Kooperationen mit der Sozialpädagogikschule Nienburg und der Berufsbildenden Schule Nienburg ange laufen, die Erzieherinnen und Erzieher ausbilden. Die Arbeit rund um die Kinderwildnis wird von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung gefördert.

Claudia Reemtsema, Ute Luginbühl



Die BUND Kinderwildnis in Nienburg – ein Naturspielplatz mitten in der Stadt. Foto: BUND

BUND-Besucherzentren: Naturschutz als Touristenattraktion

Ob im Harz, auf den Inseln oder an der Elbe – der BUND engagiert sich landauf, landab dafür, Menschen die Natur näherzubringen. Die Nationalpark-Häuser und Besucherzentren richten sich gezielt an Touristen – und der große Zuspruch zeigt: Auch in ihrer Freizeit möchten viele Leute etwas über Umwelt- und Naturschutz erfahren.

TorfHaus: 20 Jahre erfolgreiche Bildungsarbeit im Harz

Das Nationalpark-Besucherzentrum TorfHaus war auch 2014 wieder ein beliebter Anlaufpunkt für Besucher im Nationalpark Harz. Knapp 110.000 Menschen informierten sich in der Ausstellung über die Arbeit des BUND-Teams vor Ort, den Nationalpark Harz und das Grüne Band. Bei Führungen durch die Ausstellung und Exkursionen in die sagenumwobene Bergwildnis des Nationalparks erfuhren sie mehr über das Rettungsnetz Wildkatze, über die Moor- und Fließgewässerökologie, über natürliche Waldentwicklung und das Weltkulturerbe Oberharzer Wasserwirtschaft. Auch mehrtägige Wildniscamps, Naturreisepauschalen, Seminare und Bildungsurlaube stießen auf großes Interesse. Verstärkt buchten Firmen, Vereine und Institutionen erlebnisorientierte Exkursionen für ihre Betriebsausflüge.

Eine zunehmende Rolle in der Bildungsarbeit spielte die „Rückkehr der Wölfe“. Veranstaltungen für Schulklassen und touristische Gruppen sollen die Menschen auf die Rückkehr des Wolfes vorbereiten. Bei einer Exkursion zur Wolfswarte lernen

die Teilnehmer mehr über die Biologie, das Verhalten und die aktuelle Ausbreitung der Wölfe.

Auf der Nationalpark-Tagung „Wildnisforum 2014“ stellte das TorfHaus die Ergebnisse seines Projektes „Wildnis macht stark – Neue Ansätze der Wildnisbildung in deutschen Nationalparks“ einem breiten Fachpublikum vor. Von 2012 bis 2014 konzipierte das Nationalpark-Besucherzentrum ein innovatives Wildnisbildungskonzept, erprobte und evaluierte es. Jugendleiter, Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer wurden zu ökologische Themen weitergebildet. Ein Projektnetzwerk aus kirchlich-sozialen, pädagogischen und universitären Kooperationspartnern integriert die Konzepte und Qualifizierungskurse dauerhaft in verschiedene Ausbildungsgänge. Gefördert wurde das Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung. Die Hochschule Magdeburg und die Universität Halle übernahmen die wissenschaftliche Begleitforschung. Im September feierten BUND und Nationalpark ihre 20-jährige

Partnerschaft und das 5-jährige Bestehen des Besucherzentrums. Der niedersächsischen Umweltminister, der stellvertretende Landrat des Kreises Goslar und der Bürgermeister der Samtgemeinde Oberharz würdigten die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre. BUND-Aktive stellten die Projekte „Rettungsnetz Wildkatze“, „Arten- und Klimaschutz an Gebäuden“, „Bürgerwald“ und den BUND-Regionalverband Westharz vor. Spielangebote, Bastel- und Schnitzarbeiten, Stockbrotbacken und Walderlebnisse, verschiedene thematische Führungen in die sagenumwobene Bergwildnis, ein Info- und Spielestand der Nationalparkwacht und ein Walk-Act im naturgetreuen Borkenkäferkostüm rundeten die Festveranstaltung ab.

Seit dem Jubiläumsjahr erstrahlen die Holzfiguren auf dem Außengelände des Besucherzentrums in neuem Licht. Nun wecken sie auch bei ungünstiger Witterung und in den Abend- und Morgenstunden Interesse und Aufmerksamkeit bei den zahlreichen TorfHaus-Touristen.

Heike Albrecht

Das Nationalpark-Besucherzentrum TorfHaus ist dank neuer Beleuchtung nun auch bei Dunkelheit gut zu finden.

Foto: TorfHaus





Die Burg Lenzen ist Ausgangspunkt zahlreicher Führungen und Exkursionen in das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe.

Foto: Dieter Damschen

Burg Lenzen: Umweltbildung am Grünen Band

Mit Paddel und Pedalen die Flusslandschaft Elbe erkunden, blühende Orchideen im Rambower Moor entdecken, zum Vogelzug Gänse und Kraniche beobachten oder im Burgpark zwischen blühenden Kräuterwiesen und naturnahen Wasserläufen wandeln - das und vieles mehr bietet die Burg Lenzen ihren Gästen.

Mit über 19.000 Ausstellungsgästen und Veranstaltungsteilnehmern blickt das BUND-Besucherzentrum auf ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr zurück. Ein besonderer Höhepunkt war die Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre Grünes Band“, die am 3. Oktober auf Burg Lenzen stattfand und dort - im ehemaligen Grenzgebiet - einen würdigen Rahmen fand. Im Anschluss an die Feierlichkeiten starteten die siebten Naturschutztage an der Elbe. Unter dem Motto „Netze des Lebens“ beleuchteten Vorträge und Diskussionsrunden das Thema Biotopverbund aus verschiedenen Perspektiven. Einige BUND-Projekte nutzten die Gelegenheit, sich einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen.

Erneut waren im vergangenen Jahr Studienreisende des DGB-Bildungswerks Hessen, Stipendiaten der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Großspender zu Gast auf der Burg. Weiter etabliert

hat sich auch das gemeinsame Angebot mit BUND-Reisen: Im Rahmen des acht-tägigen Urlaubsangebotes „Auenwildnis am Grünen Band“ lernten die Gäste Natur und Geschichte des Biosphärenreservates intensiv kennen.

Auf mehr als hundert Geländeexkursionen zu Fuß, per Rad oder mit dem Boot führte das Burgteam Tagesbesucher und Urlauber in die deutschlandweit größte Deichrückverlegung, begeisterte die Gäste für die grandiose Natur und die Grenzrelikte am „Grünen Band“ oder für das Rambower Moor, das den Wettbewerb zum „Schönsten Naturwunder 2014“ der Heinz Sielmann Stiftung gewonnen hat. Darüber hinaus lockten Kulturveranstaltungen wie das Konzert des „Clubs der toten Dichter“, der Regionalmarkt zum Tag des offenen Denkmals oder die Lenzener Burgweihnacht wieder hunderte Gäste in die historische Burganlage.

Der NaturPoesieGarten im ehemaligen Schulhof Lenzen nahm weiter Gestalt an: Blütenreiche Wiesen, Staudenfluren, Tümpel und Wasserläufe laden zum Spazieren und Verweilen ein. Im Garten lernen die Besucher neun Naturphilosophen kennen; eindrucksvolle Kunstobjekte mit Zitaten inmitten der Parklandschaft regen zum

Nachdenken über das Verhältnis von Mensch und Natur an. Zukünftig wird der Burgpark fester Veranstaltungsort der Aktion „Offene Gärten in der Prignitz“ sein.

Auch die Weiterentwicklung des Burghotels Lenzen geht in großen Schritten voran. Seit Januar 2014 ist es als Bio-Hotel ausgezeichnet, anschließend begann der Neubau eines Tagungs- und Frühstücksgebäudes. Durch die Erweiterung können künftig gleichzeitig Tagungsgruppen, Veranstaltungsteilnehmer und Urlauber das Hotel nutzen. Eröffnet wird der neue Wintergarten mit Blick auf den Burgpark an Pfingsten 2015.

In enger Zusammenarbeit mit Stadt und Amt Lenzen ist dem BUND ein Brückenschlag von der Burg in die historische Altstadt von Lenzen gelungen. Ein denkmalgeschütztes Gebäude in der Hamburger Straße konnte vor dem Verfall gerettet werden. Nach umfangreichen Sanierungsarbeiten werden im Frühsommer 2015 die Lenzener Filzwerkstatt, eine Kochschule und ein Kulturcafé eröffnen. Auch das Auenökologische Zentrum des BUND, die Naturwacht des Biosphärenreservates und der Fundus der Stadt Lenzen werden in das renovierte Gebäude einziehen und dazu beitragen, die Altstadt zu beleben.

Susanne Gerstner

Gemeinsam für eine gesunde Umwelt

Der BUND Niedersachsen bietet viele Möglichkeiten, sich für den Schutz von Umwelt und Natur einzusetzen – von den Kreisgruppen über die landesweiten Arbeitskreise bis zu den Nationalpark-Häusern und der Landesgeschäftsstelle. Um die verschiedenen Bereiche des BUND besser miteinander zu verbinden, ging der Verbandsentwicklungsprozess 2014 weiter.

Der Verband entwickelt sich weiter

Die Zusammenarbeit im Verband verbessern, in die Jahre gekommene Strukturen überdenken, attraktiver werden für Ehrenamtliche – diesen Herausforderungen hat sich der BUND Niedersachsen in einem Verbandsentwicklungsprozess gestellt. Durch die steigenden Mitgliederzahlen und die gewachsene Bedeutung des BUND innerhalb von Politik und Gesellschaft schien ein solcher Prozess notwendig zu sein, um neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Nach einem ersten Treffen im Frühjahr 2013 bildeten sich Fachgruppen, die zu bestimmten Themen Ist-Zustände analysierten und konkrete Veränderungen vorschlugen. Viele Ideen mündeten bei der Jahres-

vertreterversammlung 2014 in Beschlüsse. Mit der Versammlung endete auch die Begleitung des Prozesses durch die Socius Organisationsberatung. Seitdem arbeiten an der Umsetzung der Beschlüsse Personen verschiedener BUND-Funktionen weiter: Ehrenamtliche, Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle und der Vorstand. Ziel ist es, bei der Jahresvertreterversammlung 2015 weitere Schritte zur Verbesserung der Kommunikation und der Strukturentwicklung einzuleiten.

Clara Waldermann



Foto: BUND

BUND-Gruppen für Naturschutzarbeit ausgezeichnet



Foto: BUND

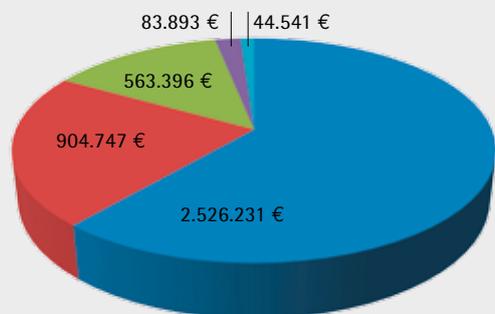
Nisthilfen für seltene Arten anbringen, Amphibienzäune aufbauen oder Moore entkusseln – BUND-Gruppen leisten wichtige Arbeit im ganzen Land. Zwei von ihnen wurden 2014 für ihr herausragendes Engagement ausgezeichnet. Den Niedersächsischen Umweltpreis 2014 hat die BUND-Kreisgruppe Lüchow-Dannenberg gewonnen. Der besonders gelungene Naturschutz auf der BUND-Streuobstwiese

nahe Pevestorf war der Jury der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung einen ersten Platz und 5.000 Euro wert. Die BUND-Kreisgruppe Osterholz hat gemeinsam mit der Biologischen Station Osterholz (BioS) beim niedersächsischen Gewässerwettbewerb „Bach im Fluss“ einen Sonderpreis bekommen – für ihr herausragendes Engagement in der Umweltbildung rund um den renaturierten Scharmbecker Bach.

Thomas Mura

Haushalt 2014

Einnahmen



- Zuwendungen für Projekte und Einrichtungen
- Spenden/Legate
- Mitgliedsbeiträge
- Entnahme aus der Rücklage
- Sonstige Einnahmen

Einnahmen gesamt: 4.122.808 Euro

Ausgaben



- Natur- und Umweltschutzprojekte und Einrichtungen
- Umweltpolitik, Mitglieder-/Spenderverwaltung, Organe
- Mittel an Kreisgruppen
- Allgemeine Verwaltung
- Sonstige Ausgaben

Ausgaben gesamt: 4.122.808 Euro

*Zahlen entsprechen dem derzeitigen Stand der Buchführung. Jahresabschlussbuchungen können das Ergebnis noch verändern.



Eine stillgelegte Bahnstrecke im Landkreis Wolfenbüttel dient zukünftig der Biotopvernetzung.

Foto: Karl-Friedrich Weber

Stiftung Naturlandschaft weiter auf Erfolgskurs



Wer die Artenvielfalt erhalten will, muss die Lebensräume von heimischen Tieren und Pflanzen sichern. Deshalb kauft die Stiftung Naturlandschaft schutzwürdige Flächen und finanziert deren Pflege und Entwicklung. So soll langfristig ein ganzes Netz von Biotopen entstehen. Auch 2014 kamen neue Flächen hinzu. Um die gewachsene Zahl an Projekten weiterhin gut betreuen zu können, hat die Stiftung sich weiter professionalisiert und einen hauptamtlichen Geschäftsführer eingestellt.

Die Stiftung Naturlandschaft besitzt inzwischen rund 700 Hektar Wald, Moor, Grünland, Streuobstwiesen und Gewässer in vier Bundesländern. Durch den Erwerb sichert die Stiftung diese Landschaften langfristig als Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten. Um diese Naturschutzflächen zu betreuen, war 2014 ein umfangreiches Naturschutzmanagement zu bewältigen. Die stiftungseigene Umweltburg in Königslutter hat sich zu einem Zentrum unterschiedlicher Aktivitäten entwickelt.

Im Dezember 2014 ersteigerte die Stiftung zwei stillgelegte Bahnstrecken in den Landkreisen Wolfenbüttel und Helmstedt. Mit einer Gesamtlänge von circa 15 Kilometern und einer Grundfläche von rund 37 Hektar sind sie ideale Vernetzungslinien von hohem Biotopwert in einer sonst ausgeräumten Agrarlandschaft. Weitere Biotopflächen in Sachsen-Anhalt gehen derzeit in einem Flurbereinigungsverfahren an die Stiftung über. In Goldbeck in Sachsen-Anhalt hat die Stiftung im Frühjahr 2014 auf einer zwei Hektar großen ehemaligen Rübenablagefläche eine Fotovoltaikanlage in Betrieb genommen.

Mit dem umfangreichen Flächenmanagement nimmt auch die Arbeitsbelastung zu. In den 13 Aufbaujahren der Stiftung Naturlandschaft wurden diese Tätigkeiten weitgehend ehrenamtlich geleistet. Soll sich die Stiftung wie bisher weiterentwickeln, ist das so nicht mehr zu bewältigen. Deshalb wurde Marc Böhles, der mehr als zehn Jahre lang das Stiftungsmanagement

geleistet hat, zum hauptamtlichen Geschäftsführer ernannt. Erna Höppner-Knust wird weiterhin ehrenamtlich die Finanzabwicklung erledigen. Das Stiftungspräsidium wurde durch den BUNDLandesvorstand unverändert für weitere drei Jahre bestellt.

Karl-Friedrich Weber

Die stiftungseigene Wasserburg Königslutter hat sich zum Zentrum zahlreicher Naturschutz-Aktivitäten entwickelt.

Foto: BUND



Förderer

Der BUND Niedersachsen bedankt sich herzlich bei den Unterstützern der Projekte im vergangenen Jahr:

- Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
- Bundesprogramm Biologische Vielfalt
(Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln
des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)
- Aktion Mensch
- Klimaschutzagentur Region Hannover
- proKlima – der energycity-Fonds

Bildnachweis

Titelbild: BUND

Rücktitel: ©Peter Eggermann/fotolia.com

Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover
Postfach 1106, 30011 Hannover
Tel: (0511) 965 69 - 0
Fax: (0511) 66 25 36

bund.nds@bund.net
www.bund-niedersachsen.de

verantwortlich

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

Redaktion

Thomas Mura

Layout

silvi@weindok.de

Druck

www.druckhaus-pinkvoss.de
Mai 2015

gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



**Werden Sie aktiv im BUND,
werden Sie Mitglied, Förderer oder
unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende.**

**Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE76 251205100008498404
BIC: BFSWDE33HAN**

**Der BUND Niedersachsen
ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind von der Steuer absetzbar.**

**Mehr Informationen:
www.bund-niedersachsen.de
Tel. (0511) 965 69 - 0**